

LIBERALE FRAUEN

Frauenförderung Anträge und Beschlüsse

FDP

(Bundesparteitage und Bundesvorstand)

Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.

(Bundesvorstand und Bundesmitgliederversammlung)

- THEMEN - INHALTE - ZIELE -

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Thema Frauenförderung setzt die FDP seit Jahren auf freiwillige Selbstverpflichtung.

Seit 1987 gibt es Beschlüsse des FDP-Bundesvorstandes und von Parteitag der FDP, in denen Maßnahmen beschlossen wurden, durch die der Frauenanteil in der FDP erhöht werden sollte. Diese Beschlüsse wurden zum großen Teil nicht umgesetzt.

Der Anteil an Frauen in der Partei ist seit 1987 nicht gestiegen. Die aktuelle Situation sieht so aus, dass in 12 von 16 Bundesländern der Frauenanteil unter den Mitgliedern in der Partei sogar rückläufig ist.

Der Bundesvorstand der LIBERALEN FRAUEN hat deshalb für den Bundesparteitag in Rostock einen Antrag auf Änderung der FDP Satzung eingereicht und fordert, dass endlich verbindliche Zielvorgaben für die Beteiligung von Frauen in allen Gremien und auf Wahllisten in der Satzung festgeschrieben werden.

Wir haben für Sie Anträge und Beschlüsse der FDP und der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN in dieser Broschüre zusammengefasst. Machen Sie sich selbst ein Bild.

Sulzbach, den 10.02.2011

Doris Buchholz
Bundesvorsitzende

Teil I

Anträge der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. zum Thema Frauenförderung

1. Antrag an den FDP Bundesvorstand vom 26.11.2010
Freiwillige Selbstverpflichtung: 23 Jahre sind genug – es ist Zeit für verbindliche Vorgaben!
2. Antrag an den FDP-Bundesvorstand vom 05.02.2011
Satzungsänderungsantrag
Einführung von verbindlichen Zielvorgaben für die Beteiligung von Frauen in den Gremien der FDP und auf Wahllisten.

Antrag an den erweiterten Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei für die Sitzung
am 29.11.2010

Antragstellerin: Doris Buchholz, Bundesvorsitzende der LIBERALEN FRAUEN

**Freiwillige Selbstverpflichtung: 23 Jahre sind genug – es ist Zeit für verbindliche
Vorgaben!**

Der FDP-Bundesvorstand möge beschließen:

1. Die FDP führt umgehend verbindliche Zielvorgaben für die Beteiligung von Frauen in allen Gremien der Partei und für die Aufstellung von Frauen auf Listen zu öffentlichen Wahlen ein. Der Bundessatzungsausschuss wird aufgefordert, entsprechende Vorschläge für eine Satzungsänderung bis zum 31.01.2011 zu erarbeiten. Der FDP-Bundesvorstand wird diese Vorschläge in seiner Sitzung im Februar 2011 beraten und verabschieden.
2. Der FDP-Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass bis spätestens 31.01.2011 in allen Gremien der FDP auf Orts-, Kreis- und Bezirksebenen ein Mitglied der jeweiligen Landesvereinigung der LIBERALEN FRAUEN kooptiert wird. Die Entscheidung, welche Frau in das jeweilige Gremium entsandt wird, obliegt der Landesvereinigung der LIBERALEN FRAUEN im jeweiligen Bundesland.
3. Der FDP Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den FDP-Landesverbänden sich als Mentorinnen und Mentoren zur Verfügung stellen, um Frauen an politische Ämter in den Gemeinden, Städten und Landkreisen heranzuführen. Der FDP-Bundesvorstand unterstützt die FDP-

Landesverbände bei der Durchführung von Seminaren und Workshops auf Landesebene, die sich gezielt an Frauen richten, um Frauen fit für Parteiarbeit und öffentliche Ämter zu machen.

4. Der Bundesvorstand wird im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf dem Bundesparteitag regelmäßig über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Mitgliedschaft der Freien Demokratischen Partei, ihren Untergliederungen, bei Neueintritten, die Entwicklung bei den Funktions- und Mandatsträgerinnen sowie über die Entwicklung des Frauenanteils bei den Delegierten zum Bundesparteitag und den Landesparteitagen berichten. Der erste Bericht erfolgt im Rechenschaftsbericht für den Bundesparteitag 2011.
5. Es werden Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Frauen in der FDP für Parteimitglieder und die Wählerinnen und Wähler sichtbarer zu machen:
 - a. die Webseite der FDP wird umgehend auf der Startseite mit einem deutlich sichtbaren Link zur Webseite der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. versehen;
 - b. die Webseiten der FDP Landesverbände und deren jeweiligen Untergliederungen werden umgehend deutlich sichtbar auf den Startseiten mit den Webseiten der Landesvereinigung der LIBERALEN FRAUEN verlinkt;
 - c. die Aufnahmeanträge der FDP werden so umgestaltet, dass Frauen, die der FDP beitreten, direkt auf die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. hingewiesen werden. Die E-Mail-Adresse bundesvereinigung@liberale-frauen.de wird als Kontaktadresse auf die Aufnahmeanträge aufgedruckt und bei den Online-Aufnahmeanträgen den Mitgliedern umgehend mitgeteilt.

Begründung:

Seit Jahren gibt es in der FDP Bemühungen, den Frauenanteil unter den Mitgliedern zu steigern. Der durchschlagende Erfolg blieb aber bisher aus. Der Trend, dass der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern zurückgeht, konnte trotz aller Bemühungen nicht gestoppt werden. Angesichts der aktuellen politischen Situation ist es dringend geboten, sich der Frauenförderung in der FDP intensiver zu widmen. Eine größere Beteiligung von Frauen ist von existenzieller Bedeutung für die Zukunft und den Erfolg der Freien Demokratischen Partei in Deutschland.

Die Wirtschaft macht es uns vor - nehmen wir die Wirtschaft als Vorbild!

Die Wirtschaft hat längst erkannt, dass Frauen ein Gewinn für die Unternehmen sind. Die Deutsche Telekom hat deshalb auch als erstes Unternehmen eine verbindliche Quote für Frauen in Führungspositionen eingeführt. Diese Entscheidung des Konzernvorstandes begründete Telekom-Chef René Obermann wie folgt:

*"Mehr Frauen in Führungspositionen ist kein Diktat einer falsch verstandenen Gleichmacherei. Es ist ein Gebot der gesellschaftlichen Fairness und vor allem eine handfeste Notwendigkeit für unseren Erfolg. Mit mehr Frauen an der Spitze werden wir einfach besser"*¹

Auch andere Unternehmen sind gefolgt. EON will bis 2012 einen Frauenanteil von 10% bei den Führungspositionen erreichen und beim Autokonzern Daimler hat man sich vorgenommen, den Anteil an Frauen in den nächsten 10 Jahren auf 20% zu erhöhen.²

Es wird Zeit, dass auch die FDP erkennt, dass die Beteiligung von Frauen ein Gewinn für die Partei ist.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es Beschlüsse von FDP-Parteitag und des FDP-Bundesvorstandes, die Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in der FDP zum Inhalt haben. Alle Maßnahmen beruhen auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Viele dieser Beschlüsse wurden gar nicht erst umgesetzt, wie etwa der Beschluss des FDP-Bundesvorstandes aus dem Jahr 1987³

Die Konsequenz aus dieser Untätigkeit: Eine Steigerung des Frauenanteils in der FDP ist nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil: in 12 von 16 Bundesländern ist der Frauenanteil unter den Mitgliedern rückläufig. 1987 betrug er noch 25%, im Jahr 2003 lag er noch bei 23,3%,⁴ inzwischen ist er auf 22,81% (Stand Dezember 2009) gefallen.⁵

„Angesichts der katastrophalen Lage ist es höchste Zeit zu handeln“. Dieser Satz stammt aus dem Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“. Er hat an Aktualität nichts verloren. Wörtlich heißt es in dem Beschluss:

„Die FDP erlebt seit drei Jahren einen enormen Zulauf an neuen Mitgliedern. Allein seit dem 1.1.2002 hat die FDP über 10.000 neue Mitglieder aufgenommen. Dabei fällt der immer geringer werdende

¹ Pressemitteilung der Deutschen Telekom vom 15.03.2010 - Quelle: <http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/829454>

² Walther Becker, Personen: Frauenpower elektrisiert Vorstands-Mannschaft, Börsen-Zeitung, 14.05.2010, Nummer 91, S.14 - <http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2010091173>

³ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁴ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁵ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

Frauenanteil auf. Während die FDP 1998 noch einen Frauenanteil von 24,7% erreichte, sinkt der Anteil seitdem kontinuierlich auf inzwischen 23,3% ab. Dieser Negativtrend wird sich zudem fortsetzen, da wir bei den Neumitgliedern einen Frauenanteil von nur 22% erreichen.“

....

Schon 1987 hat der FDP-Bundesvorstand einen Frauenförderplan beschlossen. Ziel des Förderplans war bereits damals, den Frauenanteil in Führungspositionen entsprechend dem Mitgliederanteil zu erhöhen und eine jährliche Rechenschaftspflicht einzuführen. Sechzehn Jahre später hat sich der Frauenanteil der FDP noch weiter verschlechtert. Damals betrug der Frauenanteil 25%. Heute beträgt er lediglich noch 23,3%. Im Präsidium liegt der Frauenanteil mit drei Frauen bei 33%. Im Bundesvorstand ist der Frauenanteil noch wesentlich geringer. Dem jetzigen Bundesvorstand gehören lediglich 9 gewählte Frauen an, das ist ein Frauenanteil von 20,9%. Ein ähnlich schlechtes Bild gibt es auch auf Landes- und Kommunalebene.

Das Ergebnis nach 16 Jahren ist: Der Beschluss des Bundesvorstandes wurde nicht umgesetzt, die Selbstverpflichtung der Partei wurde nicht eingehalten. Angesichts der katastrophalen Lage ist es höchste Zeit zu handeln.“⁶

Es wurde ein 7-Punkte-Maßnahmen-Katalog beschlossen. Ziel der „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ war es, bis 2005 mehr Frauen in die Führungsebene zu integrieren, den Nachwuchs zu fördern, neue Mitglieder zu gewinnen und das Themenspektrum zu erweitern. Der Frauenanteil in der FDP sollte innerhalb der nächsten zwei Jahre „mittels gezielter Frauenförderung“ auf 30% erhöht werden. In dem Beschluss heißt es weiter wörtlich:

„Die Landes- und Kreisverbände sind aufgefordert, sich freiwillig Zielvorgaben zu stellen, damit Frauen entsprechend des Anteils an der Mitgliedschaft in den Vorständen vertreten sind.“⁷

Die Zeit läuft davon!

Seit dem Beschluss „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ sind fast 8 Jahre vergangen. Von einem Frauenanteil von 30% bei den Mitgliedern ist die FDP nach wie vor weit entfernt.

In den Folgejahren gab es weitere Beschlüsse⁸, mit dem Ziel der Optimierung „frauenspezifischer Maßnahmen“. Einige der dort vorgeschlagenen Maßnahmen wurden umgesetzt. Seit 2007 gibt es den LIBERTA-Bürgerinnenpreis und es gibt Ladies-Lunch-

⁶ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁷ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁸ S. Aufstellung in der Anlage

Veranstaltungen der Bundestagsfraktion und teilweise auch in den FDP-Landesverbänden. Dies sind sinnvolle Maßnahmen, um Netzwerke zu gründen und zu pflegen. Die Wirkung, die die Ladies-Lunch-Veranstaltungen im Hinblick auf die Werbung von Frauen als Parteimitglieder für die FDP entfalten, ist begrenzt.

Es wurde das Mentoring-Programm „TOP-Talent“ eingeführt, das sich in den ersten Jahren speziell an Frauen richtete, um Frauen gezielt zu fördern. Einige der Mentees sind heute in den Parlamenten.

Zu einer Steigerung des Frauenanteils unter den Mitgliedern der FDP hat aber keine der bisher durchgeführten Maßnahmen geführt. Ein Vergleich der Mitgliederzahlen aus dem Jahr 2007 mit den Zahlen aus dem Jahr 2009 zeigt, dass der Frauenanteil in 12 von 16 Bundesländern weiter rückläufig ist.

Zuwachs an weiblichen Mitgliedern in Prozent

Landesverband	2009 ⁹	2007 ¹⁰	Differenz
Saarland	28,12%	26,70%	1,42%
Berlin	24,20%	23,70%	0,50%
Bayern	23,34%	22,90%	0,44%
Bremen	19,90%	19,50%	0,40%
Baden-Württemberg	21,74%	21,60%	0,14%
Brandenburg	21,27%	21,30%	-0,03%
Nordrhein-Westfalen	23,47%	23,60%	-0,13%
Hessen	22,53%	22,70%	-0,17%
Niedersachsen	22,89%	23,10%	-0,21%
Sachsen	20,09%	20,40%	-0,31%
Rheinland-Pfalz	21,72%	22,10%	-0,38%
Thüringen	22,48%	22,90%	-0,42%
Schleswig-Holstein	25,01%	25,50%	-0,49%
Sachsen-Anhalt	23,29%	23,80%	-0,51%
Hamburg	18,93%	19,80%	-0,87%
Mecklenburg-Vorpommern	19,83%	20,90%	-1,07%
Gesamt Inland	22,81%	22,90%	-0,09%

Lediglich im Saarland, in Berlin, Bayern und Baden-Württemberg ist der Frauenanteil unter den Mitgliedern im Zeitraum von 2007 bis 2009 prozentual gestiegen.

⁹ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹⁰ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

Frauenanteil in den FDP-Landesverbänden nach Höhe des Frauenanteils in Prozent

Landesverband	2009 ¹¹	2007 ¹²	Differenz
Saarland	28,12%	26,70%	1,42%
Schleswig-Holstein	25,01%	25,50%	-0,49%
Berlin	24,20%	23,70%	0,50%
Nordrhein-Westfalen	23,47%	23,60%	-0,13%
Bayern	23,34%	22,90%	0,44%
Sachsen-Anhalt	23,29%	23,80%	-0,51%
Niedersachsen	22,89%	23,10%	-0,21%
Hessen	22,53%	22,70%	-0,17%
Thüringen	22,48%	22,90%	-0,42%
Baden-Württemberg	21,74%	21,60%	0,14%
Rheinland-Pfalz	21,72%	22,10%	-0,38%
Brandenburg	21,27%	21,30%	-0,03%
Sachsen	20,09%	20,40%	-0,31%
Bremen	19,90%	19,50%	0,40%
Mecklenburg-Vorpommern	19,83%	20,90%	-1,07%
Hamburg	18,93%	19,80%	-0,87%
Gesamt Inland	22,81%	22,90%	-0,09%

Bemerkenswert ist, dass der FDP-Landesverband Saar am 31.12.2009 mit 28,12% den höchsten Frauenanteil aller Landesverbände aufweist und die größten Steigerungsraten in der Zeit von 2007 bis 2009 zu verzeichnen hat (1,42%) und das, obwohl von Seiten des FDP Landesverbandes keine der vom Bundesvorstand beschlossenen gezielten „frauenspezifischen Maßnahmen“ ergriffen wurden. Ganz entscheidend für die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist das Engagement der LIBERALEN FRAUEN im Saarland. Auch 2010 ist der Frauenanteil bei den Mitgliedern der FDP Saar weiter gestiegen. Er beträgt aktuell 28,48%.¹³ Die FDP-Saar ist der einzige Landesverband, der sich langsam der avisierten 30%-Marke nähert, während der Frauenanteil bei den Landesverbänden in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern unter 20% liegt und rückläufig ist.

Ein hoher Frauenanteil bei den Mitgliedern bedeutet nicht automatisch, dass Frauen entsprechend ihres Mitgliederanteils auf den Listen aufgestellt werden. Dies verdeutlicht der Vergleich des prozentualen Mitgliederanteils der Frauen in Partei mit dem Anteil der Frauen in den Landtagsfraktionen.

¹¹2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹²2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹³ Auskunft der Landesgeschäftsstelle der FDP Saar vom 24.11.2010

Landesverband	Frauenanteil in Prozent bei den Mitgliedern ¹⁴	Frauenanteil in den FDP-Fraktionen in den Landtagen
Saarland	28,12%	0,00%
Schleswig-Holstein	25,01%	33,33%
Berlin	24,20%	15,38%
Nordrhein-Westfalen	23,47%	15,38%
Bayern	23,34%	31,25%
Sachsen-Anhalt	23,29%	14,29%
Niedersachsen	22,89%	15,38%
Hessen	22,53%	5,00%
Thüringen	22,48%	14,00%
Baden-Württemberg	21,74%	26,67%
Rheinland-Pfalz	21,72%	20,00%
Brandenburg	21,27%	28,57%
Sachsen	20,09%	15,38%
Bremen	19,90%	0,00%
Mecklenburg-Vorpommern	19,83%	14,29 %
Hamburg	18,93%	nicht in der Bürgerschaft

Im Saarland, dem Bundesland mit dem höchsten Frauenanteil, ist von den 5 Abgeordneten, die 2009 in den Saarländischen Landtag gewählt wurden, nicht eine einzige Frau! Hessen hat bei einem Frauenanteil von 22,53% unter den Mitgliedern nur 5% weibliche Abgeordnete im Landtag.

Der Frauenanteil bei den Funktionsträgern der FDP stellte sich zum 20.06.2008¹⁵ wie folgt dar:

Amt	Männer	Frauen	Summe	Frauenanteil in %
Präsidium	13	4	17	23,50%
Bundesvorstand	36	8	44	18,20%
Landesvorsitzende	13	3	16	18,80%
Landesvorstandsmitglieder	329	96	425	22,60%
Hauptgeschäftsführer der Landesverbände	10	6	16	37,50%
Bezirksvorsitzende	53	8	61	13,10%
Kreisvorsitzende	406	64	470	13,60%
Ortsvorsitzende	1.806	328	2.134	15,40%
Kommunale Mandatsträger	3.599	802	4.401	18,20%

Mit Ausnahme des Präsidiums des Bundesvorstandes wird in den gewählten Gremien der Partei im Schnitt noch nicht einmal der Prozentsatz erreicht, der dem Anteil der weiblichen Mitglieder der FDP entspricht.

¹⁴ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹⁵ Auskunft Thomas-Dehler-Haus „Frauen bei den Funktionsträgern der FDP“ Stand 20.06.2008- Anlage

Aktuelle Tendenzen bei den Wahlen zu den Landesvorständen deuten darauf hin, dass auch in den gewählten Gremien der prozentuale Anteil an Frauen zurückgehen wird. Es fanden 2010 Landesvorstandswahlen in Berlin und im Saarland statt. Von den 15 Mitgliedern im Landesvorstand der FDP Berlin ist nur noch eines weiblich; davor waren es fünf. Im Landesvorstand der saarländischen FDP sind nur noch zwei Frauen vertreten, bis Juni 2010 waren es immerhin vier Frauen.

Diese Fakten zeigen, dass ein Frauenförderplan in der FDP dringend erforderlich ist.

Die Beteiligung von Frauen ist von existenzieller Bedeutung für die Zukunft und den Erfolg der FDP

52% der Bevölkerung sind weiblich. Sie stellen den größten Teil der Wählerschaft und entscheiden die Wahlen. Der FDP ist es bislang nicht gelungen, entscheidend bei den Wählerinnen zu punkten. Seit Jahren zeigen die Umfragen und Erhebungen, dass der Anteil unter den Frauen, die FDP wählen, geringer ist als der Anteil unter den Männern. So erreichte die FDP bei der Bundestagswahl 2009 bei den Männern ein deutlich besseres Ergebnis, als bei den Frauen. 17% der Männer wählten die FDP, bei den Frauen waren es nur 13%. Bei den Männern gab es Zugewinne in Höhe von 6 Punkten, bei den Frauen nur 4 Punkte. Es gab deutlich bessere Resultate und höhere Zugewinne insbesondere bei den jüngeren Männern.¹⁶

Bereits 1998 schreibt Dr. Wolfgang Gerhardt in seinem Bericht zum Stand der Umsetzung der Liberalen Initiative – Mehr Chancen für Frauen in die FDP vorgelegt zum Bundesparteitag der FDP 1998 in Leipzig.¹⁷

„Aber, und darüber muß sich jeder Funktionsträger, jede Funktionsträgerin im klaren sein: wir werden auch daran gemessen, wie es uns als Partei gelingt, Frauen in Entscheidungsfunktionen zu verankern.“

Frauen achten heute viel mehr als noch vor 20 Jahren darauf, ob Frauen in den Gremien vertreten sind. Sie suchen nach Vorbildern. Wer keine weiblichen Vorbilder zu bieten hat, ist bereits hier im Nachteil gegenüber den Parteien, die Frauen in Führungspositionen haben.

¹⁶ INFORMATIONEN zur Bundestagswahl am 27. September 2009 - Ergebnisse und Analyse herausgegeben von der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit am 28.09.2009, S. 7

¹⁷ Mehr Chancen für Frauen in die FDP – Liberale Initiative - Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt zum Stand der Umsetzung der Initiative vorgelegt zum 49. Ordentlichen Parteitag der F.D.P. vom 26. Bis 28. Juni 1998 in Leipzig

Verbindliche Vorgaben anstelle freiwilliger Selbstverpflichtung

Im Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000 „Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.“ heißt es:

„...“

Die F.D.P. muss als Freiheitspartei beweisen, dass sie als einzige Partei in der Lage ist, auch ohne starre Quoten Chancengleichheit für Frauen und gleichberechtigte Partizipation auf allen Ebenen zu erreichen“¹⁸

Dieser Beweis ist ihr nicht gelungen. Eine freiwillige Selbstverpflichtung ist nicht zielführend. Die Zahlen sprechen für sich!

Es ist höchste Zeit, dass die FDP sich die Frauenförderung in der Partei auf die Fahnen schreibt und verbindliche Vorgaben beschlossen werden. Nur so wird es gelingen, den Frauenanteil in den Gremien und auf den Listen zu erhöhen.

Selbst bei der CSU gibt es inzwischen Quoten. Es ist Zeit, dass auch in der FDP über das Thema „Quote für Frauen“ tabulos diskutiert wird. Die FDP ist die einzige Partei ohne Quoten und Quoren für Frauen. Sie ist auch die Partei, die wenn es um den Frauenanteils in den Fraktionen geht, in den meisten Fraktionen die rote Laterne trägt. Das muss sich dringend ändern! Dort, wo sich die Situation im Moment anders darstellt, ist dies vielfach auf die Wahlergebnisse des letzten Jahres zurückzuführen.

Die Vergangenheit hat gezeigt hat, dass die Selbstverpflichtung nicht zielführend ist. Es sind deshalb verbindliche Vorgaben notwendig, um Frauen überhaupt einen Chance einzuräumen, in die Gremien und auf aussichtsreiche Listenplätze gewählt zu werden. Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass Quoten oder Quoren mit dem Selbstverständnis einer liberalen Partei nicht vereinbar seien, ist reine Augenwischerei. Es gibt in der FDP Quoten ohne Ende, über die sich niemand aufregt, die im Gegenteil alle befürworten. Was ist die Kurfürstenliste anderes als Quoten für die einzelnen Landesverbände? Was ist die Tatsache, dass der Bundesvorsitzende der JuLis geborenes Mitglied im Bundesvorstand der FDP und die Landesvorsitzenden der JuLis geborene Mitglieder in den FDP-Landesvorstände anderes als Quoten für JuLis? Warum sollen dann ausgerechnet Quoten für Frauen nicht liberal sein?

¹⁸ Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000 „Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.“

Der Bundessatzungsausschuss ist in der Vergangenheit bereits aufgefordert worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Es dürfte deshalb kein Problem sein, kurzfristig entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, damit die notwendigen Satzungsänderungen auf dem nächsten Bundesparteitag beschlossen werden können.

Frauen in der FDP für Wähler und Wählerinnen sichtbar machen

Das Bild der FDP ist männlich! Wenn man sich die Zeit nimmt und sich Webseiten der Ortsverbände in den verschiedenen Bundesländern ansieht, stellt man fest, dass es immer noch vielen Parteiuntergliederungen und kommunalen Fraktionen gibt, in denen keine einzige Frau gibt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Eine Möglichkeit, Frauen anzusprechen, ist der Internetauftritt. Die Erkenntnis, dass Frauen über die Webseite der FDP gezielt angesprochen werden müssen, ist nicht neu. Bereits im Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 06.11.2000 heißt es auf Seite 2:

„Auf der Portal-Seite des liberalen Konzerns sollte ein eigenständiges Angebot für Frauen geschaffen werden.“¹⁹

Dies wurde damals umgesetzt. Mit der Umgestaltung des Internetauftritts wurde die Verlinkung der Webseite der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V. mit der Portal-Seite des liberalen Konzerns wieder entfernt. Wer im Moment auf der Webseite der FDP die LIBERALEN FRAUEN sucht, braucht einige Zeit, bis er sie findet. Unter dem Begriff Frauenpolitik findet man die LIBERALEN FRAUEN jedenfalls nicht! Nach einigem Suchen findet man sie unter „Liberales Vorfeld“.

Die LIBERALEN FRAUEN finden sich dort in einer Reihe mit der VLJ - Vereinigung Liberaler Juristen e.V., der Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ), dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung e.V. (VSA), der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Friedrich-Naumann-Stiftung e.V. der Deutsche Gruppe der Liberalen Internationalen (DGLI) und dem Transatlantischen Forum, um nur einige Gruppierungen aus dem LIBERALEN Vorfeld aufzuzählen.

Die LIBERALEN FRAUEN unterscheidet aber eines von allen anderen Vorfeldorganisationen. Die LIBERALEN FRAUEN sind die Frauenorganisation der FDP. Sie

¹⁹ Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000 „Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.“

sind vielfach auch Mitglied in den anderen Vorfeldorganisationen. Die LIBERALEN FRAUEN sind eine Schnittstelle, an der viele Informationen zusammenlaufen. Sie spielen eine wichtige Funktion bei der Vernetzung der anderen Vorfeldorganisationen.

Die Aufgabe der LIBERALEN FRAUEN besteht auch darin, Frauen auf dem Weg in die Politik zu unterstützen. Sie sind in vielen Fällen erste Ansprechpartnerinnen für interessierte Frauen und stellen Kontakte her. Insbesondere auf Ortsebene ist dies eine nicht zu unterschätzende Aufgabe.

Viele Veranstaltungsformen sind überholt. Viele Treffen in den Ortsverbänden finden in Nebenzimmern, in Kneipen oder im Partykeller beim Vorsitzenden oder einem anderen Mitglied statt. Frauen und Männer schreckt das ab und sie werden sich nicht dauerhaft engagieren. Ohne einen Hinweis auf die Frauenorganisation finden viele Frauen keine Ansprechpartnerin und gehen erst gar nicht zu den Treffen. Andererseits brauchen Frauen, die neu in einen Ortsverband kommen, in vielen Fällen Fürsprecherinnen und Fürsprecher. Auch hier leisten die LIBERALEN FRAUEN enorme Überzeugungsarbeit.

Wer Frauen ansprechen will, muss die eigenen Frauen für die Partei und für die Wählerinnen und Wähler sichtbar machen. Die Verlinkung der FDP-Webseiten mit den LIBERALEN FRAUEN ist das Minimum der Maßnahmen, die sofort durchgeführt werden sollten.

Die LIBERALEN FRAUEN sind die Frauenorganisation der FDP und dazu sollte die FDP sich auch offensiv bekennen!

Parteiarbeit beginnt an der Basis - Frauen an der Basis müssen gezielt unterstützt werden

Um Neumitglieder dauerhaft an die Partei zu binden, müssen sie die Parteistrukturen und die Arbeitsweise der Partei kennenlernen. Es reicht nicht aus, in einem zweistündigen Neumitgliederseminar die Arbeit des Landesverbandes zu erklären. Diejenigen, die sich bei den JuLis engagieren, haben diese Begleitung durch Schulungen, die sie bei den JuLis erfahren. Frauen stoßen oft erst später zur Politik. Sie brauchen deshalb eine andere Art der Unterstützung. Der FDP-Bundesvorstand und die Landesvorstände sollten sich deshalb dafür einsetzen, dass erfahrene Parteimitglieder und Mandatsträger den Frauen als Mentorinnen und Mentoren zur Seite stehen.

Es sollten Seminare und Workshops durchgeführt werden, die sich gezielt an Frauen richten, um Frauen fit für Parteiarbeit und öffentliche Ämter zu machen. Um Frauen die Möglichkeit zu geben, Familie, Beruf und politisches Engagement unter einen Hut zu bringen, sollten Seminare und Workshops möglichst wohnortnah durchgeführt werden. Familienarbeit ist nach wie vor in vielen Fällen Frauenarbeit. Auch dies sollte bei der zeitlichen Terminierung berücksichtigt werden.

Die Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungen darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden

Es wird nicht gelingen, von heute auf morgen Mitglieder in den Vorständen auszutauschen, um Platz für Frauen zu machen. Deshalb ist es unerlässlich, dass Frauen auf allen Ebenen in den Vorständen kooptiert werden. Im Bundesvorstand und in den Landesvorständen sind die LIBERALEN FRAUEN bereits kooptiert, in Hamburg dürfen haben sie sogar ein ausschließliches Vorschlagsrecht für die Besetzung eines Beisitzerpostens. Auf Orts-, Kreis- und Bezirksverbandsebene gibt es im Moment keinen FDP-Landesverband, der die Kooptierung in der FDP-Satzung vorsieht. Die LIBERALEN FRAUEN sollten das ausschließliche Vorschlagsrecht haben, wer in den Vorstand kooptiert werden soll. Nur so lässt sich weitgehend vermeiden, dass Konflikte zwischen zwei Frauen wegen der Besetzung dieser Posten entstehen.

Veränderungen müssen sichtbar werden

Der FDP-Bundesvorstand hat in der Vergangenheit mehrfach beschlossen, dass regelmäßig im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf dem Bundesparteitag über die Entwicklung des Anteils von Frauen in der Partei berichtet wird. Zuletzt hat der Bundesvorstand am 10.12.2007 einen Beschluss gefasst mit der Überschrift: Bericht über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Partei und ihrer Untergliederungen sowie Mandats- und Funktionsträgerinnen und die Durchführung weiterer Maßnahmen im Sinne von Diversity. In diesem Beschluss heißt es wörtlich:

„...
dass der Bundesvorstand im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf dem Bundesparteitag wieder regelmäßig über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Mitgliedschaft der Freien Demokratischen Partei, ihren Untergliederungen, bei Neueintritten sowie über die Entwicklung bei den Funktions- und Mandatsträgerinnen berichtet;“²⁰

²⁰ Beschluss des FDP Bundesvorstandes vom 10.12.2007 - Bericht über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Partei und ihrer Untergliederungen sowie Mandats- und Funktionsträgerinnen und die Durchführung weiterer Maßnahmen im Sinne von Diversity

Auch dieser Beschluss wurde, wie bereits der Beschluss aus dem Jahr 1987, auf den sich dieser Beschluss unter anderem bezog, nicht ausgeführt. Keiner der Rechenschaftsberichte für die Bundesparteitage in den Jahren 2008, 2009 oder 2010 enthielt einen entsprechenden Bericht des Bundesvorstandes. Die Entwicklung des Anteils an Frauen in der Mitgliedschaft, kann man anhand der veröffentlichten Zahlen im Geschäftsbericht noch nachvollziehen. Informationen über die Entwicklung bei Neueintritten oder über die Entwicklung bei den Funktions- und Mandatsträgerinnen sucht man aber in den Geschäftsberichten vergeblich.

Auch wenn in diesem Zusammenhang, wie die Zahlen vermuten lassen, nicht viel positives zu berichten sein wird, wird es Zeit, dass der Bundesvorstand endlich dieser Verpflichtung, die er sich mehrfach gegeben hat nachkommt. Die LIBERALEN FRAUEN werden einen solchen Bericht auf jeden Fall auf dem Parteitag einfordern, wenn ein detaillierter Bericht sich nicht im Geschäftsbericht wiederfindet.

Mehr als 20 Jahre Selbstverpflichtung ohne konkrete Fortschritte sind genug!

Seit mehr als 20 Jahren gibt es in der Frage der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen und auf Listen keine befriedigenden Lösungen. Wer Frauen gewinnen will, muss mit der Zeit gehen. Wenn die FDP Wählerinnen ansprechen will, wird es Zeit verbindliche Vorgaben für die Teilhabe von Frauen zu machen. Nur so kann dauerhaft die Zukunft der FDP gesichert werden.

„Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Führungspositionen ist und bleibt Ziel der Liberalen. Wir werden es erreichen, wenn sich Männer und Frauen diesem Ziel gleichermaßen verpflichtet sehen.“

schreibt Dr. Wolfgang Gerhardt in seinem Bericht zum Stand der Umsetzung der Liberalen Initiative – Mehr Chancen für Frauen in die FDP vorgelegt zum Bundesparteitag der FDP 1998 in Leipzig.²¹

Die angemessene Beteiligung von Frauen wird für die Zukunft der FDP und für den Erfolg der Partei von existenzieller Bedeutung sein.

²¹ Mehr Chancen für Frauen in die FDP – Liberale Initiative - Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt zum Stand der Umsetzung der Initiative vorgelegt zum 49. Ordentlichen Parteitag der F.D.P. vom 26. Bis 28. Juni 1998 in Leipzig

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 1

ANTRAG NR.

Zeile

1 **Betr.: Änderung der Bundessatzung**

2

3

4 **Antragsteller: Bundesvorstand der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.**

5

6

7

8

9 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Die Satzung der Freien Demokratischen Partei - FDP, die GESCHÄFTSORDNUNG**
12 **ZUR BUNDESSATZUNG DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (BGO) sowie die**
13 **Geschäftsordnung für die Bundesfachausschüsse, Liberalen Foren und**
14 **Kommissionen der Freien Demokratischen Partei werden wie folgt geändert:**

15

16 **A. Änderung der Satzung**

17

18 **Nach § 4 soll eingefügt werden:**

19 § 4a – Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern

20

21 (1) Die Organe in der Freien Demokratischen Partei Deutschlands - FDP- verwirklichen in
22 ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und
23 Frauen.

24

25 (2) Frauen sollen mindestens 40% der Parteiämter der Freien Demokratischen Partei -FDP-
26 innehaben. Wahlen zum Bundesvorstand, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Ortsvorständen
27 sind dann gültig, wenn mindestens 40% der gewählten Mitglieder des jeweiligen
28 Vorstandes Frauen sind. Die Landessatzungen müssen entsprechende Regelungen
29 vorsehen.

30

31 (3) Auf Listen für öffentliche Wahlen sollen mindestens 40% Frauen als Bewerberinnen
32 aufgestellt werden. Wahllisten sind so aufzustellen, dass gewährleistet ist, dass
33 mindestens 40% der Vertreter in den zu wählenden Parlamenten Frauen sind. Die
34 Landessatzungen müssen entsprechende Regelungen vorsehen.

35

36

37 **§ 15 –Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:**

38

39 (2) Der Europaparteitag besteht aus Vertretern der Landesverbände, die aus der Mitte von
40 Landesvertreterversammlungen gewählt worden sind. Die Landessatzungen müssen
41 vorsehen, dass jeweils mindestens 40% der von den Landesverbänden zu wählenden
42 Vertreter Frauen sind. Die Mitglieder einer Landesvertreterversammlung sind aus der
43 Mitte von Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände jedes Landesverbandes zu
44 wählen. Die Landessatzungen müssen vorsehen, dass jeweils mindestens 40% der
45 Mitglieder der Landesvertreterversammlung Frauen sind. Die Landessatzungen können
46 vorsehen, dass die Mitglieder der Landesvertreterversammlungen aus der Mitte von
47 Vertreterversammlungen ihrer Gebietsverbände gewählt werden, die wiederum aus der
48 Mitte von Mitgliederversammlungen gewählt worden sind. Die Landessatzungen müssen
49 vorsehen, dass mindestens 40% der Mitglieder der Vertreterversammlungen der

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 2

ANTRAG NR.

Zeile

1 Gebietsverbände beziehungsweise der Landesvertreterversammlungen Frauen sind. Die
2 Auslandsgruppe Europa entsendet zwei ihrer Mitglieder als stimmberechtigte Vertreter,
3 davon muss ein Vertreter eine Frau sein. Die stimmberechtigten Vertreter werden von
4 der Mitgliederversammlung gewählt und müssen stimmberechtigt im Sinne des
5 Europawahlgesetzes sein.

6
7

8 **In § 16 Abs. (2) wird nach S.1 folgender Satz eingefügt:**

9 Die Landessatzungen müssen vorsehen, dass mindestens 40% der von den
10 Landesverbänden zu wählenden Vertreter Frauen sind.

11

12 **In § 16 Abs. (2) wird folgender Absatz (4) angefügt:**

13 (4) Von den Vertretern der FDP im Kongress der ELDR sowie im Rat der ELDR müssen
14 mindestens 40% Frauen sein.

15

16 **In § 17 wird nach Abs. (1) Nr. 1 wird folgende Abs. (5) eingefügt:**

17 (5) Mindestens 40% der gewählten Mitglieder des Präsidiums müssen Frauen sein. Auch
18 von den Beisitzern müssen insgesamt 40% (14) Frauen sein. Wahlen zum Präsidium
19 sind nur dann gültig, wenn 40% der gewählten Mitglieder des Präsidiums Frauen sind.
20 Die Wahlen der Beisitzer sind dann gültig, wenn 40% der insgesamt gewählten Beisitzer
21 Frauen sind.

22

23 **In § 17 Abs. (2) wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:**

24 Scheidet ein weibliches Vorstandsmitglied aus und würde dadurch der Frauenanteil im
25 Vorstand unter 40% sinken, muss bei der Nachwahl die Position mit einer Frau besetzt
26 werden.

27

28 **§ 19 Abs. (1) wird um folgenden Satz ergänzt:**

29 Von den zu entsendenden Delegierten müssen mindestens 40% Frauen sein.

30

31 **§ 22 wird folgender Absatz angefügt:**

32 (9) Die vom Bundesvorstand eingesetzten Gremien, Foren und Kommissionen sind zu
33 mindesten mit 40% Frauen zu besetzen.

34

35 **Nach § 26 wird folgender § 26a eingefügt:**

36 § 26 a Inkrafttreten von Satzungsänderungen

37

38 (1) Änderungen der Satzung treten im Innenverhältnis unter den Parteimitgliedern mit der
39 ordnungsgemäßen Beschlussfassung in Kraft, unbeschadet der Pflicht des Vorstandes
40 im Sinne des § 26 BGB, die Satzungsänderungen zur Eintragung in das Vereinsregister
41 unverzüglich anzumelden.

42

43 (2) Änderungen in der Vertretung nach außen gemäß § 26 BGB werden erst durch
44 Eintragung der Änderungen im Vereinsregister wirksam.

45

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 3

ANTRAG NR.

Zeile

1 **B. Änderung der GESCHÄFTSORDNUNG ZUR BUNDESSATZUNG DER FREIEN**
2 **DEMOKRATISCHEN PARTEI (BGO)**

3
4
5 **In § 5 wird nach Abs. (4) folgender Absatz (4a) eingefügt:**

6 (4a) Die Wahl zu den Landesvorständen und zu den Vorständen in den Untergliederungen
7 der Landesverbände sind dann gültig, wenn 40% der gewählten Mitglieder des jeweiligen
8 Vorstands Frauen sind. Die Landessatzungen müssen entsprechende Regelungen
9 vorsehen.

10
11 **§ 5 Abs. (5) wird wie folgt neu gefasst:**

12 (5a) Die Mitglieder des Präsidiums des Bundesvorstandes werden – soweit sie ihm nicht
13 schon kraft Amtes angehören – vom Bundesparteitag in Einzelwahl gewählt. Die Wahl
14 zum Präsidium ist dann gültig, wenn 40% der gewählten Mitglieder des Präsidiums
15 Frauen sind.

16
17 (5b) Von den 34 Beisitzern des Bundesvorstandes gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 2 der
18 Bundessatzung werden die ersten 16 in einem Wahlgang in verbundener Einzelwahl
19 gewählt. In diesem Wahlgang fordert der Parteitagspräsident vorab die Landesverbände
20 auf, je einen Kandidaten vorzuschlagen. Im übrigen gilt das Vorschlagsrecht nach § 11
21 Abs. 1.

22
23
24 **In § 5 Abs. (7) wird folgender Satz angefügt:**

25 Die Wahlen sind nur dann gültig, wenn 40% der insgesamt gewählten Beisitzer des
26 Bundesvorstandes Frauen sind.

27
28 **In § 6 Abs. (1) wird am Ende folgender Satz angefügt:**

29 Die Wahlen der Delegierten zum Bundesparteitag und der Wahlen der Vertreter der FDP im
30 Kongress sowie im Rat der ELDR sind nur dann gültig, wenn 40% der gewählten Delegierten
31 beziehungsweise Vertreter Frauen sind.

32
33 **In § 7 wird nach Satz 1 folgender Satz angefügt:**

34 Mindestens 40% der Mitglieder des Parteitagspräsidiums sollen Frauen sein.

35
36
37 **§ 10 nach Abs. (4) wird folgender Abs (5) angefügt:**

38 (5) Wahllisten der Freien Demokratischen Partei für Wahlen zum Europäischen Parlament
39 und zum Deutschen Bundestag sind so aufzustellen, dass gewährleistet ist, dass
40 mindestens 40% der Vertreter der FDP in den neu zu wählenden Parlamenten Frauen
41 sind. Die Landessatzungen müssen entsprechende Regelungen vorsehen.

42
43
44 **In § 11a wird in Abs. (1) am Ende angefügt:**

45 40% der Mitglieder der Antragskommission sollen Frauen sein.

46

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 4

ANTRAG NR.

Zeile

1
2 **C. Änderung der Geschäftsordnung für die Bundesfachausschüsse, Liberalen Foren**
3 **und Kommissionen der Freien Demokratischen Partei**

4
5
6 „2. Zusammensetzung“ wird wie folgt neu gefasst:

7
8 Die Bundesfachausschüsse setzen sich aus bis zu 41 nominierten, bis zu 10 gewählten und
9 bis zu 6 Mitgliedern kraft Amtes zusammen.

10
11 Die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse werden vom Bundesvorstand nominiert. Jeder
12 Bundesfachausschuss wählt zwei stellvertretende Vorsitzende. Die Bundesfachausschüsse
13 können zur effektiveren Vorbereitung ihrer programmatischen Arbeit Arbeitsgruppen bilden.

14
15 Die Bundesfachausschüsse der FDP setzen sich wie folgt zusammen:

16
17 Nominierte Mitglieder

- 18 1. der vom Bundesvorstand berufene Vorsitzende
- 19 2. von den Vorständen der Landesverbände benannte Mitglieder nach folgender föderaler
20 Gewichtung der Mitgliedschaft:
 - 21 - die ersten fünf mitgliederstärksten Landesverbände je drei Mitglieder
 - 22 - die nächsten fünf mitgliederstärksten Landesverbände je zwei Mitglieder
 - 23 - die nächsten sechs mitgliederstärksten Landesverbände je ein Mitglied
- 24 3. zwei vom Bundesvorstand der Jungen Liberalen benannte Mitglieder
- 25 4. bis zu drei von den Arbeitskreisen vorgeschlagene Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion
- 26 5. ein vom Vorstand der Auslandsgruppe Europa benanntes Mitglied
- 27 6. ein von den FDP-Mitgliedern der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament
28 benanntes Mitglied
- 29 7. **zwei vom Bundesvorstand der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.**
30 **benannte Mitglieder**
- 31 8. ein von der Bundesvereinigung der Liberalen Senioren benanntes Mitglied

32
33
34 Gewählte Mitglieder:

- 35 1. Die Bundesfachausschüsse können jederzeit bis zu 10 Sachverständige, die nicht der
36 FDP angehören müssen, als weitere Mitglieder des BFA auswählen.
- 37 2. **Vorschlagsberechtigt für die Zuwahl von Sachverständigen sind die**
38 **Landesverbände, der Bundesvorstand der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN**
39 **e.V. und die nominierten Mitglieder.**
- 40 3. Der Bundesvorstand kann auf Antrag im Einzelfall einer Wahl widersprechen.

41
42 Mitglieder kraft Amtes:

- 43 1. ein von der Bundesgeschäftsstelle benannter Mitarbeiter
- 44 2. ein von der FDP-Bundestagsfraktion benannter Referent des entsprechenden
45 Arbeitskreises
- 46 3. ein vom Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung benannter Mitarbeiter, der der FDP
47 angehören sollte
- 48 4. bis zu drei vom Ausschussvorsitzenden benannte Vertreter von Bundesministerien,
49 Landesministerien oder anderen Behörden, die der FDP angehören sollten.

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 5

ANTRAG NR.

Zeile

- 1
2 Die Liberalen Foren der FDP setzen sich wie folgt zusammen:
- 3 1. der vom Bundesvorstand benannte Vorsitzende. Er gehört im Regelfall dem
 - 4 Bundesvorstand oder der Bundestagsfraktion an.
 - 5 2. 25 vom Bundesvorstand gewählte Mitglieder
 - 6 **3. bis zu 25 externe Mitglieder, für die die Landesvorstände,**
 - 7 **Bundesausschüsse, der Bundesvorstand der Bundesvereinigung**
 - 8 **LIBERALE FRAUEN e.V. und Kommissionen der FDP Vorschläge unterbreiten**
 - 9 **können.**

10
11 Die Arbeitsweise der Liberalen Foren ist querschnittsorientiert, an den strategischen Zielen
12 der FDP ausgerichtet und öffentlichkeitsorientiert.

- 13
14 Die Kommissionen der FDP setzen sich wie folgt zusammen:
- 15 1. der vom Bundesvorstand nominierte Vorsitzende
 - 16 2. 16 von den Landesvorständen nominierte Mitglieder (ein Mitglied je Landesverband)
 - 17 3. ein vom Bundesvorstand der Jungen Liberalen benanntes Mitglied
 - 18 **3a. ein vom Bundesvorstand der Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.**
 - 19 **benanntes Mitglied**
 - 20 4. ein vom Vorstand der Auslandsgruppe Europa benanntes Mitglied
 - 21 5. neun von der Kommission zugewählte Mitglieder

22
23
24

Begründung:

25
26
27 Bereits 1998 schreibt Dr. Wolfgang Gerhardt in seinem Bericht zum Stand der Umsetzung
28 der Liberalen Initiative – Mehr Chancen für Frauen in die FDP vorgelegt zum
29 Bundesparteitag der FDP 1998 in Leipzig:¹

30

31 *„Aber, und darüber muss sich jeder Funktionsträger, jede*
32 *Funktionsträgerin im klaren sein: wir werden auch daran gemessen,*
33 *wie es uns als Partei gelingt, Frauen in Entscheidungsfunktionen zu*
34 *verankern.“*

35

Was ist seither geschehen?

36
37 Seit Jahren gibt es in der FDP Ansätze, den Frauenanteil unter den Mitgliedern zu steigern.
38 Der durchschlagende Erfolg blieb aber bisher aus. Der Trend, dass der Anteil der Frauen
39 unter den Mitgliedern zurückgeht, konnte trotz aller Bestrebungen nicht gestoppt werden.
40 Angesichts der aktuellen politischen Situation ist es dringend geboten, sich der
41 Frauenförderung in der FDP intensiver zu widmen. Eine größere Beteiligung von Frauen ist
42 von existenzieller Bedeutung für die Zukunft und den Erfolg der Freien Demokratischen
43 Partei in Deutschland.

44

45 Die Wirtschaft hat längst erkannt, dass Frauen ein Gewinn für die Unternehmen sind. Die
46 Deutsche Telekom hat deshalb auch als erstes Unternehmen eine verbindliche Quote für

¹ Mehr Chancen für Frauen in die FDP – Liberale Initiative - Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt zum Stand der Umsetzung der Initiative vorgelegt zum 49. Ordentlichen Parteitag der F.D.P. vom 26. Bis 28. Juni 1998 in Leipzig

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 6

ANTRAG NR.

Zeile

1 Frauen in Führungspositionen eingeführt. Bei der Telekom sieht man die Frage der
2 Beteiligung von Frauen als „handfeste Notwendigkeit für den Erfolg“.² Auch andere
3 Unternehmen, wie z.B. EON oder der Autokonzern Daimler sind diesem Beispiel gefolgt und
4 haben sich verbindliche Zielvorgaben für die Beteiligung von Frauen in Führungspositionen
5 gesetzt.

6
7 Die FDP setzte bisher auf eine freiwillige Selbstverpflichtung. Die bisherigen Beschlüsse, die
8 Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in der FDP und eine Steigerung des
9 Frauenanteils in den Vorständen, den Fraktionen und sonstigen Gremien zum Inhalt hatten,
10 beruhten alle auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Einige dieser Beschlüsse wurden gar
11 nicht erst umgesetzt, wie etwa der Beschluss des FDP-Bundesvorstandes aus dem Jahr
12 1987³. Die Konsequenz aus dieser Untätigkeit: Eine Steigerung des Frauenanteils in der
13 FDP ist nicht eingetreten. Ganz im Gegenteil: In 12 von 16 Bundesländern ist der
14 Frauenanteil unter den Mitgliedern rückläufig. 1987 betrug er noch 25%, im Jahr 2003 lag er
15 noch bei 23,3%,⁴ inzwischen ist er auf 22,81% (Stand Dezember 2009) gefallen.⁵

16
17 „Angesichts der katastrophalen Lage ist es höchste Zeit zu handeln“. Dieser Satz stammt
18 aus dem Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen
19 in die FDP“⁶. Er hat an Aktualität nichts verloren, zumal wenn man bedenkt, dass der
20 Frauenanteil seither weiter gesunken ist. 2003 wurde ein 7-Punkte-Maßnahmen-Katalog
21 beschlossen. Ziel der „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ war es, bis 2005 mehr Frauen
22 in die Führungsebene zu integrieren, den Nachwuchs zu fördern, neue Mitglieder zu
23 gewinnen und das Themenspektrum zu erweitern. Der Frauenanteil in der FDP sollte
24 innerhalb der nächsten zwei Jahre „mittels gezielter Frauenförderung“ auf 30% erhöht
25 werden. *Die Landes- und Kreisverbände waren aufgefordert, sich freiwillig Zielvorgaben zu*
26 *stellen, damit Frauen entsprechend des Anteils an der Mitgliedschaft in den Vorständen*
27 *vertreten sind.*⁷

28
29 Seit dem Beschluss „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ sind fast 8 Jahre vergangen.
30 Von einem Frauenanteil von 30% bei den Mitgliedern ist die FDP nach wie vor weit entfernt.
31 In den Folgejahren gab es weitere Beschlüsse⁸ mit dem Ziel der Optimierung
32 „frauenspezifischer Maßnahmen“. Einige der dort vorgeschlagenen Maßnahmen wurden
33 umgesetzt. Seit 2007 gibt es den LIBERTA-Bürgerinnenpreis. Es gibt Ladies-Lunch-
34 Veranstaltungen der Bundestagsfraktion und teilweise auch in den FDP-Landesverbänden.
35 Dies sind sinnvolle Maßnahmen, um Netzwerke zu gründen und zu pflegen. Die Wirkung, die
36 die Ladies-Lunch-Veranstaltungen im Hinblick auf die Werbung von Frauen als
37 Parteimitglieder für die FDP entfalten, ist dagegen begrenzt. Einen Zweck erfüllen alle diese
38 Maßnahmen aber auf keinen Fall: Sie sind nicht geeignet, Frauen in führende Positionen
39 innerhalb der Parteigremien zu bringen. Lediglich das Mentoring-Programm „TOP-Talent“
40 eingeführt, das sich in den ersten Jahren speziell an Frauen richtete, um diese Frauen
41 gezielt zu fördern, hatte einen begrenzten Erfolg: Einige der Mentees sind heute in den
42 Parlamenten.

43

² Pressemitteilung der Deutschen Telekom vom 15.03.2010 - Quelle: <http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/829454>

³ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁴ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁵ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

⁶ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁷ Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 07.04.2003 „Offensive für mehr Frauen in die FDP“

⁸ S. Aufstellung Seite 12

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 7

ANTRAG NR.

Zeile

1 Zu einer Steigerung des Frauenanteils unter den Mitgliedern der FDP hat aber keine der
2 bisher durchgeführten Maßnahmen geführt. Ein Vergleich der Mitgliederzahlen aus dem Jahr
3 2007 mit den Zahlen aus dem Jahr 2009 zeigt, dass der Frauenanteil in 12 von 16
4 Bundesländern weiter rückläufig ist. Nur im Saarland, in Berlin, Bayern und Baden-
5 Württemberg ist der Frauenanteil unter den Mitgliedern im Zeitraum von 2007 bis 2009
6 prozentual gestiegen (Übersicht 1 – Seite 10).

7
8 Auch die Annahme, dass ein höherer Frauenanteil bei den Mitgliedern automatisch zu einer
9 höheren Beteiligung von Frauen in den Vorständen der Untergliederungen führt, hat sich
10 nicht bestätigt. Dies verdeutlicht der Vergleich des prozentualen Mitgliederanteil der Frauen
11 in der Partei mit dem Anteil der Frauen in den Landtagsfraktionen (Übersicht 2 – Seite 11).
12 Im Saarland, dem Bundesland mit dem höchsten Frauenanteil, ist unter den 5 FDP-
13 Abgeordneten, die 2009 in den Saarländischen Landtag gewählt wurden, nicht eine einzige
14 Frau! Hessen hat bei einem Frauenanteil von 22,53% unter den Mitgliedern nur 5% weibliche
15 Abgeordnete im Landtag. Mit Ausnahme des Präsidiums des Bundesvorstandes wird in den
16 gewählten Gremien der Partei im Schnitt noch nicht einmal der Prozentsatz erreicht, der dem
17 Anteil der weiblichen Mitglieder der FDP entspricht.

Die Beteiligung von Frauen ist von existenzieller Bedeutung für die Zukunft und den Erfolg der FDP

18
19
20
21
22
23 Frauen achten heute viel mehr als noch vor 20 Jahren darauf, ob Frauen in den Gremien
24 vertreten sind. Sie suchen nach Vorbildern. Wer keine weiblichen Vorbilder zu bieten hat, ist
25 bereits hier im Nachteil gegenüber den Parteien, die Frauen in Führungspositionen haben.

26
27 52% der Bevölkerung sind weiblich. Sie stellen den größten Teil der Wählerschaft und
28 entscheiden die Wahlen. Der FDP ist es bislang nicht gelungen, entscheidend bei den
29 Wählerinnen zu punkten. Seit Jahren zeigen die Umfragen und Erhebungen, dass der Anteil
30 unter den Frauen, die FDP wählen, geringer ist als der Anteil unter den Männern. So
31 erreichte die FDP bei der Bundestagswahl 2009 bei den Männern ein deutlich besseres
32 Ergebnis, als bei den Frauen. 17% der Männer wählten die FDP, bei den Frauen waren es
33 nur 13%. Bei den Männern gab es Zugewinne in Höhe von 6 Punkten, bei den Frauen nur 4
34 Punkte. Es gab deutlich bessere Resultate und höhere Zugewinne insbesondere bei den
35 jüngeren Männern.⁹ Steigerungen in der Wählergunst sind insbesondere dadurch zu
36 erreichen, wenn sich die FDP verstärkt um die Frauen bemüht.

Verbindliche Vorgaben anstelle freiwilliger Selbstverpflichtung

37
38
39 Im Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000 „Mehr Chancen für
40 Frauen in der F.D.P.“ heißt es:

41
42 „....
43 *Die F.D.P. muss als Freiheitspartei beweisen, dass sie als einzige*
44 *Partei in der Lage ist, auch ohne starre Quoten Chancengleichheit für*
45 *Frauen und gleichberechtigte Partizipation auf allen Ebenen zu*
46 *erreichen“¹⁰*

⁹ INFORMATIONEN zur Bundestagswahl am 27. September 2009 - Ergebnisse und Analyse herausgegeben von der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit am 28.09.2009, S. 7

¹⁰ Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000 „Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.“

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 8

ANTRAG NR.

Zeile

1
2 Dieser Beweis ist ihr nicht gelungen. Eine freiwillige Selbstverpflichtung hat sich nicht als
3 zielführend erwiesen. Die Zahlen sprechen für sich!
4 Es ist höchste Zeit, dass die FDP sich die Frauenförderung in der Partei auf die Fahnen
5 schreibt und dass verbindliche Vorgaben beschlossen werden. Nur so wird es gelingen, den
6 Frauenanteil in den Gremien und auf den Listen zu erhöhen. Selbst bei der CSU gibt es
7 inzwischen Quoten.

8
9 Wir müssen endlich ohne Tabus über das Thema „Quote für Frauen diskutieren“. Die FDP ist
10 die einzige Partei ohne Quoten und Quoren für Frauen. Sie ist auch die Partei, die, wenn es
11 um den Frauenanteils in den Parlamenten geht, in den meisten Fraktionen die rote Laterne
12 trägt. Das muss sich dringend ändern! Es sind deshalb verbindliche Vorgaben notwendig,
13 um Frauen überhaupt einen Chance einzuräumen, in die Gremien und auf aussichtsreiche
14 Listenplätze gewählt zu werden. Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass Quoten
15 oder Quoren mit dem Selbstverständnis einer liberalen Partei nicht vereinbar seien, ist reine
16 Augenwischerei. Es gibt in der FDP Quoten ohne Ende, über die sich niemand aufregt, die
17 im Gegenteil alle befürworten. Was ist die Kurfürstenliste anderes als Quoten für die
18 einzelnen Landesverbände? Was ist die Tatsache, dass der Bundesvorsitzende der JuLis
19 geborenes Mitglied im Bundesvorstand der FDP und die Landesvorsitzenden der JuLis
20 geborene Mitglieder in den FDP-Landesvorstände anderes als Quoten für JuLis? Warum
21 sollen dann ausgerechnet Quoten für Frauen nicht liberal sein?

22
23 **Mehr als 20 Jahre Selbstverpflichtung ohne konkrete Fortschritte sind genug!**
24 Seit mehr als 20 Jahren gibt es in der Frage der Beteiligung von Frauen in
25 Führungspositionen und auf Listen keine befriedigenden Lösungen. Wer Frauen gewinnen
26 will, muss mit der Zeit gehen. Wenn die FDP Wählerinnen ansprechen will, wird es Zeit
27 verbindliche Vorgaben für die Teilhabe von Frauen zu machen. Nur so kann dauerhaft die
28 Zukunft der FDP gesichert werden.

29
30 Lassen wir die eingangs zitierte Aussage von Dr. Wolfgang Gerhardt in seinem Bericht zum
31 Stand er Umsetzung der Liberalen Initiative – Mehr Chancen für Frauen in die FDP vorgelegt
32 zum Bundesparteitag der FDP 1998 in Leipzig:¹¹

33
34 *„Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Führungspositionen*
35 *ist und bleibt Ziel der Liberalen. Wir werden es erreichen, wenn sich*
36 *Männer und Frauen diesem Ziel gleichermaßen verpflichtet sehen.“*

37
38 nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommen.

39
40 Die angemessene Beteiligung von Frauen wird für die Zukunft der FDP und für den Erfolg
41 der Partei von existenzieller Bedeutung sein.

42
43

¹¹ Mehr Chancen für Frauen in die FDP – Liberale Initiative - Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt zum Stand der Umsetzung der Initiative vorgelegt zum 49. Ordentlichen Parteitag der F.D.P. vom 26. Bis 28. Juni 1998 in Leipzig

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Zeile

1
2 **Übersicht 1**

3
4 **Frauenanteil in den FDP-Landesverbänden nach Höhe des Frauenanteils in Prozent**

5

Landesverband	2009 ¹²	2007 ¹³	Differenz
Saarland	28,12%	26,70%	1,42%
Schleswig-Holstein	25,01%	25,50%	-0,49%
Berlin	24,20%	23,70%	0,50%
Nordrhein-Westfalen	23,47%	23,60%	-0,13%
Bayern	23,34%	22,90%	0,44%
Sachsen-Anhalt	23,29%	23,80%	-0,51%
Niedersachsen	22,89%	23,10%	-0,21%
Hessen	22,53%	22,70%	-0,17%
Thüringen	22,48%	22,90%	-0,42%
Baden-Württemberg	21,74%	21,60%	0,14%
Rheinland-Pfalz	21,72%	22,10%	-0,38%
Brandenburg	21,27%	21,30%	-0,03%
Sachsen	20,09%	20,40%	-0,31%
Bremen	19,90%	19,50%	0,40%
Mecklenburg-Vorpommern	19,83%	20,90%	-1,07%
Hamburg	18,93%	19,80%	-0,87%
Gesamt Inland	22,81%	22,90%	-0,09%

6

7 **Übersicht 2**

8 **Vergleich Frauenanteil in der Partei – Frauenanteil in den Landtagsfraktionen**

9

Landesverband	Frauenanteil in Prozent bei den Mitgliedern ¹⁴	Frauenanteil in den FDP-Fraktionen in den Landtagen
Saarland	28,12%	0,00%
Schleswig-Holstein	25,01%	33,33%
Berlin	24,20%	15,38%
Nordrhein-Westfalen	23,47%	15,38%
Bayern	23,34%	31,25%
Sachsen-Anhalt	23,29%	14,29%
Niedersachsen	22,89%	15,38%
Hessen	22,53%	5,00%
Thüringen	22,48%	14,00%
Baden-Württemberg	21,74%	26,67%
Rheinland-Pfalz	21,72%	20,00%
Brandenburg	21,27%	28,57%
Sachsen	20,09%	15,38%
Bremen	19,90%	0,00%
Mecklenburg-Vorpommern	19,83%	14,29 %
Hamburg	18,93%	nicht in der Bürgerschaft

10

11

¹²2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹³2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

¹⁴ 2007 – 2009 Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei, S. 64

62. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, ROSTOCK, 13. bis 15. Mai 2011

Seite 10

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 **Übersicht Beschlüsse des FDP Bundesvorstandes zum Thema „Steigerung des**
2 **Frauenanteils in der FDP“¹⁵**
3
4 1. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP von 1987 „Frauenförderplan der F.D.P.“¹⁶
5
6 2. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000
7 „Mehr Chancen für Frauen in der FDP“
8
9 3. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. - 12. Mai 2002
10 „Die FDP muss weiblicher werden“
11
12 4. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 3. Februar 2003 zum Forum
13 „Frauen, kinderfreundliches Deutschland und Generationsgerechtigkeit“ unter Leitung
14 von Ina Lenke und Daniel Bahr zur Erarbeitung eines Grundsatzpapiers, u.a. zum
15 Thema Geschlechtergerechtigkeit“
16
17 5. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 7. April 2003
18 „Bessere Chancen für Frauen – mehr Chancen für Deutschland“
19
20 6. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 7. April 2003
21 „Offensive für mehr Frauen in der FDP“
22
23 7. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2006
24 „Frauenförderung in der FDP“
25
26 8. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2006
27 „Mehr Chancen für Frauen in der FDP“
28
29 9. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. Dezember 2007
30 „Mentoring-Programm der FDP“, „Top-Nachwuchs-Talent“
31
32 10. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. Dezember 2007
33 „Bericht über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Partei und ihrer
34 Untergliederungen sowie Mandats- und Funktionsträgerinnen und die Durchführung
35 weiterer Maßnahmen im Sinne von Diversity“
36
37 11. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. November 2008,
38 „Frauenförderung in den Landesverbänden der FDP“
39
40
41
42
43

¹⁵ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit (soweit nichts anderes vermerkt, nachzulesen auf der Webseite der FDP)

¹⁶ Aus : Das Programm der Liberalen: 10 Jahre Programmarbeit in der F.D.P. 1980 bis 1990/ [Friedrich-Naumann-Stiftung] – 1. Auflage.- Baden-Baden: Nomos Verlage, S. 672 ff

Teil II

Übersicht Beschlüsse des FDP Bundesvorstandes und der FDP-Bundesparteitage zum Thema „Steigerung des Frauenanteils in der FDP“

1. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP von 1987 „Frauenförderplan der F.D.P.“
2. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 6. November 2000
„Mehr Chancen für Frauen in der FDP“
3. Beschluss des Bundesparteitages der FDP vom 10. - 12. Mai 2002 in Mannheim
„Die FDP muss weiblicher werden“
4. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 3. Februar 2003 zum Forum „Frauen, kinderfreundliches Deutschland und Generationengerechtigkeit“ unter Leitung von Ina Lenke und Daniel Bahr zur Erarbeitung eines Grundsatzpapiers, u.a. zum Thema Geschlechtergerechtigkeit“ (liegt leider nicht vor)
5. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 7. April 2003
„Bessere Chancen für Frauen – mehr Chancen für Deutschland“
6. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 7. April 2003
„Offensive für mehr Frauen in der FDP“
7. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. Dezember 2007
„Mentoring-Programm der FDP“, „Top-Nachwuchs-Talent“
8. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. Dezember 2007
„Bericht über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Partei und ihrer Untergliederungen sowie Mandats- und Funktionsträgerinnen und die Durchführung weiterer Maßnahmen im Sinne von Diversity“
9. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 10. November 2008,
„Frauenförderung in den Landesverbänden der FDP“
10. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 07. Februar 2011 „Neue Chancen für Frauen – Potenziale erschließen, Fairness erreichen.“
11. Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom 07. Februar 2011 „Evaluation und Fortsetzung des FDP-Mentoring-Programms „Top-Nachwuchs-Talent“

BESCHLUSS

des F.D.P.-Bundesvorstandes vom 6. April 1987

Frauenförderplan der F.D.P.

- I. Es ist das Ziel der F.D.P., innerhalb der nächsten 5 Jahre in einem ersten Schritt den Anteil der Frauen in Entscheidungsfunktionen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Partei (zur Zeit 25 %) zu erhöhen.
- II. Dazu wird die F.D.P.
 1. auf kommunaler, Landes- und Bundesebene Arbeitsgruppen, Initiativen oder Fachausschüsse gründen und unterstützen,
 2. sobald die Finanzierung gesichert ist, eine Gleichberechtigungsstelle in der Bundesgeschäftsstelle einrichten,
 3. in den parteinahen Stiftungen Seminare zu frauenpolitischen Themen für Männer und Frauen anregen und fördern und
 4. Terminplanung und Ablauf von Parteiveranstaltungen (insbesondere Parteitag) familiengerecht gestalten.
- III. Die Vorsitzenden von Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden sowie der Bundesvorsitzende berichten jährlich auf ihren ordentlichen Parteitagen über
 1. die Mitgliederentwicklung der F.D.P. und den Anteil der Frauen daran,
 2. Anzahl und Anteil der weiblichen Delegierten zum jeweiligen Parteitag und
 3. die Entwicklung des Frauenanteils auf aussichtsreichen Listenplätzen und in Vorständen. Die F.D.P. hält an dem liberalen Gedanken der Selbstverpflichtung fest und verzichtet deshalb auf starre paritätische Quoten.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der F.D.P., Berlin, 6. November 2000

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. November 2000 beschlossen:

Mehr Chancen für Frauen in der F.D.P.

Die F.D.P. muss in weitaus stärkerem Maße als bisher deutlich machen, dass sie sich als moderne Partei der Forderung nach Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur verpflichtet fühlt, sondern dieser zuerst mit konkreten Maßnahmen und Ergebnissen in den eigenen Reihen gerecht wird. Die bisherigen Förderpläne und Initiativen des Bundesvorstandes haben allenfalls kurzfristige Wirkung entfaltet und sind unter dem Aspekt einer zukunftsorientierten politischen Arbeit im Zeitalter der Informationsgesellschaft in ihrer Effizienz ohnehin kritisch zu hinterfragen.

In der zukünftigen Arbeit gilt es vor allem, Frauenpolitik als integralen Bestandteil der politischen Arbeit der F.D.P. zu verstehen und Politikinhalt in ihrer Relevanz für die Interessen und Lebenszusammenhänge von Frauen zu sehen und zu gestalten. Die F.D.P. muss als Freiheitspartei beweisen, dass sie als einzige Partei in der Lage ist, auch ohne starre Quote Chancengleichheit für Frauen und gleichberechtigte Partizipation auf allen Ebenen zu erreichen.

Dazu sind kurz- bzw. mittelfristig folgende Vorhaben zu realisieren:

- Der Bundesvorsitzende verdeutlicht in einem Brief an die Landesvorsitzenden den dringenden Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Partizipation von Frauen und bittet um die Einleitung konkreter Maßnahmen insbesondere auch unter dem Aspekt der im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand. Weiterhin werden die wahlkampf führenden Landesverbände aufgefordert, die „Frauen-Power-Tour“ der Bundesvereinigung Liberale Frauen in ihrer Wahlkampfplanung zu berücksichtigen und gezielt zu unterstützen.
- Das Thema „Chancengleichheit für Frauen in der F.D.P.“ wird an exponierter Stelle in der Sitzung des Bundesvorstandes am 6. November 2000 behandelt. Hierzu werden alle Landesvorsitzenden zur schriftlichen Vorlage eines einschlägigen Maßnahmenkataloges aufgefordert. Darin sollten auch Überlegungen enthalten sein, wie der Frauenanteil in den Fachgremien der F.D.P., die im kommenden Jahr nach dem Bundesparteitag wieder neu

eingesetzt werden und für die die Landesvorstände das Benennungsrecht haben, erhöht werden kann.

- Um „Frauen-Power“ in der F.D.P. auch öffentlichkeitswirksam darzustellen, wird im I. Quartal 2001 ein Forum „Frauen & F.D.P.“ (Arbeitstitel) im Thomas-Dehler-Haus durchgeführt.
- Die Liberale Depesche muss „frauenfreundlicher“ werden. Das betrifft nicht nur die Auswahl der Fotos, auf denen derzeit nach wie vor eine vorwiegend „männliche“ Präsenz zu verzeichnen ist, sondern auch das gezielte Ansprechen von Frauen für die Erarbeitung von Textbeiträgen. In einer der nächsten Ausgaben ist eine „Frauen-Seite“ zu gestalten, die sowohl engagierte weibliche F.D.P.-Mitglieder als auch externe Frauen mit kurzen Statements vorstellt.
- Um die Synergieeffekte zwischen den einzelnen Teilen des liberalen Konzerns auszubauen und besser nutzbar zu machen, wird eine AG gebildet, der die Vorsitzende bzw. eine Vertreterin der Bundesvereinigung Liberale Frauen, sowie jeweils ein Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Bundestagsfraktion der Bundesgeschäftsstelle und der Jungen Liberalen angehören.
- Die kampagnenorientierte Arbeit der Bundespartei hat sich bewährt. Künftig ist sicherzustellen, dass in die inhaltliche Vorbereitung und Durchführung der Kampagnen jeweils auch eine Vertreterin der Bundesvereinigung Liberale Frauen einbezogen wird.
- Im Rahmen der Imagekampagne der F.D.P. im kommenden Jahr muss auch das frauenpolitische Profil der F.D.P. deutlich werden. Dazu wird ein Folder „Liberale Frauen“ erarbeitet, der den bisherigen Frauenfolder ersetzt.
- Die zu geringe Repräsentanz von Frauen in der F.D.P. beginnt bereits bei den „Jungen Liberalen“ und Liberalen Hochschulgruppen. Beide Organisationen werden gebeten, in ihrem Bereich durch frauenspezifische Maßnahmen die Situation zu verbessern.

Auf der Portal-Seite des liberalen Konzerns sollte ein eigenständiges Angebot für Frauen geschaffen werden.

BESCHLUSS

des 53. Ord. Bundesparteitages der FDP, Mannheim, 10. - 12. Mai 2002

Die FDP muss weiblicher werden

Der Bundesvorstand der FDP wird aufgefordert, innerhalb eines Jahres eine Strategie zu entwickeln, in der Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming Leitbild werden.

Vorrangige Maßnahmen sind:

Die Partizipation von Frauen in Partei und Politik verbessern !

In der Partei werden bei allen Entscheidungen

- die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern berücksichtigt
- jede Entscheidung überprüft, ob sie der Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern hinderlich oder förderlich ist.

Ein Maßnahmenplan mit Zielvorgaben wird erstellt. Die FDP entwickelt ein Mentoring-Programm zur Entwicklung von weiblichen Führungskräften in der Partei als ein Element der Karriereentwicklung.

Mehr Mandate für Frauen sichern !

Liberaler Parteiarbeit und -politik zeichnet sich dadurch aus, dass Frauen gezielt gefördert und verstärkt für Mandate vorgeschlagen werden.

- Die FDP sorgt dafür, dass Frauen auf Listenplätzen angemessen berücksichtigt werden.
- Dies gilt analog auch für die Besetzung von Parteigremien.

Vereinbarkeit von Partei- und Familienarbeit schaffen !

Damit politisches Engagement und Familienleben besser vereinbart werden können, werden künftig

- familienfreundliche Veranstaltungsformen und -zeiten organisiert,
- Betreuungsangebote für Kinder bei Parteiveranstaltungen angeboten.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. April 2003

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 7. April 2003 beschlossen:

Offensive für mehr Frauen in die FDP

Die FDP erlebt seit drei Jahren einen enormen Zulauf an neuen Mitgliedern. Allein seit dem 1.1.2002 hat die FDP über 10.000 neue Mitglieder aufgenommen. Dabei fällt der immer geringer werdende Frauenanteil auf. Während die FDP 1998 noch einen Frauenanteil von 24,7 % erreichte, sinkt der Anteil seitdem kontinuierlich auf inzwischen 23,3 % ab. Dieser Negativtrend wird sich zudem fortsetzen, da wir bei den Neumitgliedern einen Frauenanteil von nur 22 % erreichen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei dem Wahlverhalten von Frauen. Sowohl bei den Bundestagswahlen als auch bei den Landtagswahlen haben wir bei den Wählerinnen zum Teil deutlich schlechter abgeschnitten. Bei der Bundestagswahl hat die FDP bei den Männern mit 8,0% ein höheres Ergebnis erzielt als bei den Frauen mit 6,9%. In Niedersachsen haben 2,1%-Punkte weniger Frauen für die FDP votiert. Bei der Landtagswahl in Hessen haben sogar 3,2%-Punkte weniger Frauen die FDP gewählt als Männer.

Schon 1987 hat der FDP-Bundesvorstand einen Frauenförderplan beschlossen. Ziel des Förderplans war bereits damals, den Frauenanteil in den Führungspositionen entsprechend dem Mitgliederanteil zu erhöhen und eine jährliche Rechenschaftspflicht einzuführen. Sechzehn Jahre später hat sich der Frauenanteil in der FDP noch weiter verschlechtert. Damals betrug der Frauenanteil in der FDP 25%. Heute beträgt er lediglich noch 23,3%. Im Präsidium liegt der Frauenanteil mit drei Frauen bei 33%. Im Bundesvorstand ist der Frauenanteil noch wesentlich geringer. Dem jetzigen Bundesvorstand gehören lediglich 9 gewählte Frauen an, das ist ein Frauenanteil von 20,9%. Ein ähnlich schlechtes Bild ergibt sich auch auf Landes- und Kommunalebene.

Das Ergebnis nach 16 Jahren ist: Der Beschluss des Bundesvorstandes wurde nicht umgesetzt, die Selbstverpflichtung der Partei wurde nicht eingehalten. Angesichts der katastrophalen Lage ist es höchste Zeit zu handeln.

Sieben Punkte Maßnahmen Katalog

Mit einem sieben Punkte-Maßnahmen-Katalog wollen wir einerseits unseren Bundesparteitagsbeschluss von Mannheim „Die FDP muss weiblicher werden“ umsetzen und andererseits dem schlechteren Abschneiden der FDP bei Frauen entgegenwirken. Ziel der Offensive ist, in den nächsten zwei Jahren mehr Frauen in

die Führungsebene zu integrieren, die Förderung unseres Nachwuchses, die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder sowie die Erweiterung unseres Themenspektrums.

1. Befragung der weiblichen FDP-Mitglieder

Als erste Maßnahme wurde bereits eine Befragung unserer weiblichen Mitglieder durchgeführt. Um die Stimmung unter den weiblichen Mitgliedern zu ermitteln, wurde 2500 von ihnen per E-Mail ein Fragebogen zugesandt. Die Rückmeldungen waren überwältigend, innerhalb von 24 Stunden haben wir allein über 150 beantwortete Fragebogen zurückerhalten. Die Resonanz und die Auswertung der Ergebnisse haben gezeigt, dass die weiblichen FDP-Mitglieder großes Interesse daran haben, noch stärker in der FDP aktiv zu werden.

2. Frauenanteil in der FDP binnen zwei Jahren auf 30% erhöhen

Die Steigerung des Frauenanteils in der FDP ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungspositionen der FDP. Mit einem Frauenanteil von 23,3% hat die FDP den geringsten Frauenanteil von allen anderen Bundestagsparteien. Mit diesem Maßnahmenplan werden wir mittels gezielter Frauenförderung den Frauenanteil in der FDP in den nächsten zwei Jahren auf 30% erhöhen. Dieser Zeit-Maßnahmen-Plan ist erforderlich, um zu einer tatsächlichen Steigerung des Frauenanteils zu kommen. Die Landes- und Kreisverbände sind aufgefordert, sich freiwillig Zielvorgaben zu stellen, damit Frauen entsprechend ihres Anteils an der Mitgliedschaft in den Vorständen vertreten sind.

3. Startschuss für eine Frauenkampagne im zweiten Halbjahr dieses Jahres

Die dritte Maßnahme wird der Startschuss für eine Frauenkampagne im zweiten Halbjahr 2003 sein. Die Frauenkampagne wird, ähnlich wie unsere sehr erfolgreiche Mitgliederwerbekampagne, den Untergliederungen Aktionen, zur Werbung und Begleitung neuer weiblicher Mitglieder vorschlagen. Außerdem werden in allen sechzehn Bundesländern zentrale Veranstaltungen mit Fachfrauen aus der Partei, der Landtags- und Bundestagsfraktion durchführen.

4. Einsetzung der TaskForce JungeFrauen

Die FDP ist die einzige Partei ohne Quote. Als liberale Partei setzen wir auf den freien Wettbewerb, damit sich die Besten durchsetzen. Einen freien und fairen Wettbewerb kann es jedoch nur geben, wenn Chancengleichheit am Start besteht. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen nach wir vor die schlechtere Ausgangsposition haben. Um diesen Wettbewerbsnachteil ohne Quote auszugleichen, brauchen wir auch eine gezielte Förderung unseres Nachwuchses. Die vierte Maßnahme wird daher die Einsetzung der TaskForce JungeFrauen sein. Als Kooperation der Liberalen Frauen und der Jungen Liberalen wird sie sich mit der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder und der gezielten Nachwuchsförderung auseinandersetzen. Mit Hilfe von Networking-, Mentoring und Coaching-Programmen werden wir junge weibliche Mitglieder unterstützen und die FDP für junge Frauen weiter öffnen.

5. Das Forum „Frauen, kinderfreundliches Deutschland und Generationengerechtigkeit“ erarbeitet ein liberales Grundsatzpapier zur Geschlechtergerechtigkeit

Als fünfte Maßnahme haben wir bereits auf der Bundesvorstandssitzung am 03. Februar 2003 das Forum „Frauen, kinderfreundliches Deutschland und Generationengerechtigkeit“ eingesetzt. Unter der Leitung von Ina Lenke und Daniel Bahr wird das Forum ein langfristiges liberales Grundsatzpapier erarbeiten. Inhalt wird u.a. sein, wie, vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, Geschlechtergerechtigkeit im 21. Jahrhundert erreicht werden kann.

6. Analyse der Barrieren und Hindernisse für politisches Engagement von Frauen

Die Beseitigung von Barrieren und die Herstellung faktischer Gleichberechtigung ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der vielfältiger Ansätze und Maßnahmen von allen Parteien bedarf.

7. Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Zielvorgaben

Um die Umsetzung dieses Beschlusses und der darin enthaltenen Zielvorgaben zu gewährleisten, wird als siebte Maßnahme eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Generalsekretärin eingesetzt. Dieser Arbeitsgruppe sollen Vertreter der Bundespartei und einiger Landesverbände sowie der Vorfeldorganisationen angehören. Die Arbeitsgruppe wird die Umsetzung der Zielvorgaben überprüfen, die Mitgliederentwicklung, Anzahl und Anteil der weiblichen Delegierten zum jeweiligen Parteitag und die Entwicklung des Frauenanteils auf aussichtsreichen Listenplätzen und in Vorständen verfolgen. Mit Hilfe synergetischer Frauenförderung auf allen Ebenen werden wir gezielt Frauen motivieren und unterstützen, Führungspositionen zu übernehmen.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. April 2003

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 7. April 2003 beschlossen:

Bessere Chancen für Frauen – mehr Chancen für Deutschland

Liberale haben sich immer für die Rechte der Frauen eingesetzt. Liberale haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind. Dennoch ist Deutschland in vielen Bereichen immer noch weit von einer realen Gleichberechtigung entfernt.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist in unserer Gesellschaft nach wie vor Realität. Die Benachteiligungen von Frauen im Beruf und von Männern in der Kindererziehung spiegeln nicht die Wünsche vieler Paare nach einer partnerschaftlichen Gestaltung ihres Familienlebens wider. Die FDP weiß, dass Frauen, um gleichberechtigte, selbst bestimmte Verantwortung realisieren zu können, Unterstützung in der Gesellschaft und Politik brauchen. Die FDP setzt auch darauf, dass zunehmend erkannt wird, dass Wirtschaft und Gesellschaft die Potenziale und Fähigkeiten von Frauen brauchen und nicht länger ausgrenzen können. Nur wenn Frauen über ihr eigenes Leben selbst bestimmen, können sie sich bewusst und frei entscheiden und eine partnerschaftliche Gleichberechtigung herbeiführen.

Die FDP will deshalb:

- das Potenzial von Frauen nutzen und die Erwerbstätigkeit erhöhen,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und die Kinderbetreuung ausbauen,
- Bildung und Ausbildung flexibilisieren und Ausbildungszeiten verkürzen,
- Arbeitszeiten flexibilisieren und den Arbeitsmarkt deregulieren,
- die Selbstständigkeit fördern und Existenzgründungen erleichtern.

Potenzial von Frauen nutzen, Erwerbstätigkeit erhöhen

Frauen waren noch nie zuvor so gut ausgebildet wie heute. Frauen haben stark von der Bildungsexpansion profitiert und gleichaltrige Männer bei den Schul- und Berufsabschlüssen überholt. Im Jahr 2000 waren 53,6 % aller Abiturienten junge Frauen. Der Anteil von Frauen an Studienanfängern liegt bei 49 %. Ihre gute berufliche Qualifikation ist ein Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt.

Dennoch haben Frauen am Arbeitsmarkt nicht dieselben Chancen wie Männer. Mit 17 Prozentpunkten ist die Differenz gegenüber der Erwerbsquote von Männern in Deutschland sehr groß. Trotz hervorragender Qualifikationen sind Frauen auch heute noch in leitenden Positionen unterrepräsentiert: Im Jahr 2000 waren nur 10,5 % der

Frauen in Führungspositionen tätig. Darüber hinaus bekamen Frauen 2002 z.B. im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe durchschnittlich 30 % weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitarbeit sind nach wie vor Frauendomänen.

Außerdem stellt der demografische Wandel unser Land vor erhebliche Probleme. Die Alterung der Bevölkerung infolge auch des Geburtenrückgangs erhöht nicht nur den Druck auf die Systeme der sozialen Sicherung, sondern hat auch tief greifende Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Angesichts des bereits vorhandenen Mangels an Fachkräften in einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es volkswirtschaftlich falsch, dass sich viele Frauen wegen der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft vom Arbeitsmarkt verabschieden müssen, sobald sie Kinder bekommen.

Das ist wirtschaftspolitisch unvernünftig, denn wir verschenken so das Leistungspotenzial gut ausgebildeter Frauen. Und es ist gesellschaftlich inakzeptabel, denn viele Frauen mit Kindern wollen arbeiten. Immer mehr Frauen wollen sich nicht mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Umgekehrt wollen auch Männer heute mehr am Familienleben teilhaben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, Kinderbetreuung ausbauen

Von zentraler Bedeutung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn im internationalen Vergleich ist die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland sehr gering: Nur 30 % aller Frauen mit Kleinkindern sind berufstätig. Dabei haben nur 28 % der Mütter im Westen freiwillig auf die Erwerbstätigkeit verzichtet, im Osten sind es sogar nur 4 %. Umfragen belegen: von der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen wird sowohl die Entscheidung zur Erwerbstätigkeit wie auch der Kinderwunsch positiv beeinflusst.

Dabei zahlen sich Investitionen in Kinderbetreuung langfristig aus. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat ergeben, dass alleine die Arbeitsaufnahme von tausend allein erziehenden Eltern die Sozialkassen um 6,5 Mio. Euro im Jahr entlasten würde. Deshalb ist der Aufbau eines flächendeckenden kinder- und elterngerechten Angebotes zur Kinderbetreuung zwingend notwendig.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema, das sich elementar auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Welt, auf die Belastung der Sozialhilfeskassen aber auch auf die Zukunft vieler Kinder auswirkt. Der Schlüssel dafür ist der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die Situation in Deutschland ist katastrophal: Was das Betreuungsangebot angeht, hinkt Deutschland den europäischen Nachbarn hinterher: In Dänemark z.B. besuchen 64 % der 1-3 Jährigen eine Betreuungseinrichtung. Etwa die Hälfte sind es in Schweden und ein Drittel in Belgien. Deutschland liegt mit 10 % am Schluss. Besonders schlecht ist die Situation im Westen: Für nur 2,8 % der Kinder im Krippenalter stehen hier Betreuungsplätze zur Verfügung. In den östlichen Bundesländern liegt die Versorgungsquote in diesem Alter immerhin bei 36,3 %. Auch bei den Hortplätzen für sechs- bis zehnjährige Kinder hat der Osten ein erheblich besseres Angebot als der Westen, wo Plätze in Tageseinrichtungen nur für ungefähr 6 Prozent der Kinder zwischen 6 und 10 Jahren zur Verfügung stehen.

Die Folge: Deutschland ist mehr als andere westliche Industrienationen vom Geburtenrückgang und damit vom demografischen Wandel betroffen. Seit den 90er Jahren ist in Deutschland eine zunehmende Kinderlosigkeit zu verzeichnen. So werden voraussichtlich mehr als 30% der westdeutschen Frauen und jede vierte ostdeutsche Frau des Jahrgangs 1965 kinderlos bleiben. Damit hat Deutschland den mit Abstand höchsten Anteil kinderloser Frauen. Das zeigt, wie stark bei uns nach wie vor der Druck auf die Frauen ist, sich zwischen Beruf und Kindern entscheiden zu müssen. Dabei sind besonders hoch qualifizierte Frauen betroffen: Mehr als 40 % der Akademikerinnen bleiben heute kinderlos. Das zeigt: Die enormen Beschäftigungspotenziale und das Humankapital der immer besser ausgebildeten Frauen werden aufgrund der schlechten Betreuungssituation nicht oder nur mangelhaft genutzt. Das will die FDP ändern.

Mit dem KiTa-Gutschein hat die FDP ein Modell vorgeschlagen, mit dem mehr Markt und mehr Wettbewerb zwischen den Einrichtungen erreicht wird. Damit wird den Eltern ihr Anspruch auf Kinderbetreuung gesichert, ohne Zuweisung eines konkreten Kindergartenplatzes. Die Eltern können dann frei zwischen den verschiedenen Angeboten wählen, ohne an starre Öffnungszeiten einer Einrichtung gebunden zu sein. Mit dem KiTa-Gutschein werden alle Anbieter qualifizierter Betreuungsangebote in die staatliche Finanzierung einbezogen – auch betriebliche und private Einrichtungen, Tageseltern und andere Angebote. So stellen wir sicher, dass ein qualitativ hochwertiges, flexibles Angebot entsteht, das den regional und kommunal unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnissen Rechnung trägt und das sich an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder ausrichtet.

Besonders im Bereich der Kleinkinderbetreuung können Tageseltern eine viel flexiblere Betreuung als Krippen und Horte anbieten. Die tatsächliche und rechtliche Stellung von Tageseltern muss daher verbessert werden. Entsprechende Weiterbildungsangebote sollen die Beachtung von Qualitätsstandards sicherstellen. Die Einrichtung von Betriebskindergärten will die FDP durch flexible und vereinfachte gesetzliche Vorgaben erleichtern. Für kleinere Unternehmen bieten sich Kooperationsformen mit anderen Betrieben oder mit Kindergärten an. Um Eigeninitiativen zu unterstützen und Kindergartenplätze in ausreichendem Maße zu schaffen, müssen einschlägige Bau- und Ausstattungsvorschriften auf ihre Erforderlichkeit überprüft werden. Überholte und überzogene Regulierungen müssen dabei zu Gunsten einer familiengerechten Politik abgebaut werden.

Mehr und bessere Betreuungsangebote tragen darüber hinaus erheblich zur Verbesserung der Förderung der frühkindlichen Bildung bei. Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass in diesem Bereich in Deutschland erhebliche Defizite bestehen. Die PISA-Studie hat die Notwendigkeit gezeigt, sich von lieb gewonnenen Traditionen zu trennen. Wer Chancengleichheit in der Bildung will, der muss beim Einstieg in die Bildung ansetzen, nicht am Ende der Ausbildung. Um Chancengleichheit am Start zu ermöglichen, müssen daher Kindergärten, die vorschulische Aufgaben übernehmen, gebührenfrei sein. Es darf nicht sein, dass Kinder aus finanziellen Gründen in dieser wichtigen Phase von Bildungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist also auch eine bildungspolitische Aufgabe ersten Ranges.

Dies gilt auch für den Ausbau der Ganztagsbetreuung. Die Ganztagschule trägt ganz wesentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, wobei sie insbesondere den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert. Die Ganztagschule kann auch dazu beitragen, Begabungen von Kindern und Jugendlichen besser zu fördern und

Defizite zu kompensieren. Die Ganztagsangebote müssen an den Schulen in Zusammenarbeit mit Schulträgern, Eltern, Schülern, geeigneten Vereinen, Verbänden und Institutionen bedarfsgerecht erarbeitet und entwickelt werden. In diesem Sinne sollen durch Zusatzangebote ergänzende pädagogische Möglichkeiten und Chancen geschaffen werden.

Bildung und Ausbildung flexibilisieren, Ausbildungszeiten verkürzen

Die langen Bildungs- und Ausbildungszeiten zwingen Frauen heute dazu, ihren Kinderwunsch zunächst zurück zu stellen oder ihre Ausbildung abzubrechen. Hier liegt ein Grund dafür, dass Frauen in Deutschland ihr erstes Kind im Durchschnitt erst mit 29 Jahren bekommen. Wenn das erste Kind aber immer später geboren wird, sinkt auch die Gesamtzahl der Kinder. Diesem Trend muss entgegen gesteuert werden.

Die Bildungs- und Ausbildungszeiten müssen insgesamt verkürzt werden. Darüber hinaus müssen auch für Kinder von Frauen in Ausbildung ausreichende Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Aber auch eine Flexibilisierung der Bildung und Ausbildung ist erforderlich. Die FDP setzt sich ein für ein gestuftes Bildungssystem, dass nach jedem Abschnitt den Berufseinstieg ermöglicht. Damit verbessern wir nicht nur die Chancen für frühe ökonomische Selbstständigkeit, sondern auch für einen Wiedereinstieg in das Bildungssystem nach der Babypause. Wie der Blick in andere westliche Länder zeigt, kann so das Erstgeburtsalter gesenkt und die Geburtenzahl erhöht werden. Zugleich schaffen wir die Grundlage dafür, dass Frauen die akademische Karriere mit dem Kinderwunsch vereinbaren können.

Arbeitszeiten flexibilisieren, Arbeitsmarkt deregulieren

Empirische Forschungen zeigen, dass die Überregulierung am Arbeitsmarkt gerade Frauen unmittelbar benachteiligt. Sie finden keinen adäquaten Zugang zum Arbeitsmarkt, weil Arbeitgeber angesichts des hohen Regulierungsniveaus anderen Beschäftigungsgruppen den Vorzug geben. Frauen haben deutlich weniger Chancen am Arbeitsmarkt. Frauen sind darüber hinaus in besonders hohem Maße betroffen von den negativen Auswirkungen der Überregulierung im Dienstleistungssektor. Die Beschränkungen und intransparenten, aufwändigen Verfahren bei der Gründung neuer Unternehmen und der undurchlässige Arbeitsmarkt verhindern besonders im Dienstleistungssektor die Schaffung von Arbeitsplätzen. Da die Dienstleistungsbranche aber in der Regel für Frauen gute Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, leiden sie wiederum besonders unter den Hemmnissen für diesen Sektor.

Während die Teilzeitquote erwerbstätiger Frauen steigt, liegt sie bei Männern konstant bei nur 5 %. Das Teilzeitgesetz der rot-grünen Koalition hat ein unbegrenztes Recht auf Teilzeit eingeführt. Als Reaktion hierauf werden Arbeitgeber Teilzeit geneigte Arbeitnehmergruppen, hierunter besonders viele junge Frauen, bei der Einstellung benachteiligen. Um diese fatale Wirkung des Teilzeitgesetzes aufzuheben, will die FDP Teilzeitarbeit ohne einen Rechtsanspruch unterstützen. Die Zunahme der Teilzeitstellen in Holland hat gezeigt, dass auch ohne einen Rechtsanspruch Teilzeitstellen durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmarktbedingungen geschaffen werden können.

Gerade für Eltern ist die mangelnde Flexibilität der Arbeitswelt von Nachteil. Sie haben kaum eine Chance, ihre Arbeitskraft entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation auf dem Arbeitsmarkt ganz oder teilweise einzusetzen oder auch temporär aus

der Arbeitswelt auszusteigen. Eine höhere Flexibilität des Arbeitsmarktzugangs ist dringend erforderlich. Weitere Kernelemente zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sind: Die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit mit kreativen Modellen, die private und betriebliche Bedürfnisse in Einklang bringen sowie eine Flexibilisierung beim Arbeitsort durch Modelle wie Teleheimarbeit, Satellitenbüros, Wohnraumarbeit. Auch Ausbildung, Studium sowie Fort- und Weiterbildung müssen so gestaltet sein, dass sie für Menschen mit Familienpflichten zugänglich sind.

Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, sind auch Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem zu beseitigen. Frauen, die Kinder und Familie haben und Geld verdienen, dürfen nicht länger benachteiligt werden. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der OECD hat gezeigt: die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland ist für Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, besonders hoch. Die FDP will, dass sich die Aufnahme von Arbeit auch finanziell lohnt.

Selbstständigkeit fördern, Existenzgründungen erleichtern

Auch der Weg zur beruflichen Selbstständigkeit ist für Frauen offensichtlich schwerer als für Männer. Denn es gehen sehr viel weniger Frauen als Männer einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nach. In Deutschland sind weniger als ein Drittel aller Selbstständigen Frauen. Damit sind gerade einmal 6 % der erwerbstätigen Frauen selbstständig, bei den Männern sind es 12 %. Damit liegt Deutschland noch unter dem Durchschnitt der Europäischen Union, der 8 % beträgt. Die Anzahl der Unternehmerinnen mit Arbeitnehmern ist noch geringer: nur etwas mehr als ein Drittel der selbstständigen Frauen beschäftigt Personal.

Die FDP will Frauen daher vermehrt zu Existenzgründungen anregen. Die vorhandenen Programme und Initiativen für Frauen, die ein Unternehmen gründen wollen, müssen unterstützt und breiter bekannt gemacht werden. Junge Frauen sollten bereits in der Ausbildung zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit ermuntert werden. Bereits in den Schulen soll daher künftig nicht allein auf abhängige Berufsbilder abgestellt werden, sondern vielmehr müssen die verschiedenen Möglichkeiten der Selbstständigkeit vorgestellt werden. Wir wollen, dass auch in der Berufsberatung das Berufsbild der Selbstständigkeit verstärkt Einzug hält. Zudem brauchen wir in den Hochschulen begleitende frauenspezifische Existenzgründungsseminare.

Auch und gerade für Frauen, die sich selbstständig machen wollen, ist der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote von zentraler Bedeutung. Frauen dürfen nicht länger gezwungen sein, sich zwischen Kindern und der selbstständigen Karriere entscheiden zu müssen.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 6. November 2006

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 6. November 2006 beschlossen:

Frauenförderung in der FDP

Um der liberalen Frauenpolitik ein deutlicheres Profil zu geben und dadurch mehr Zuspruch bei weiblichen Wählern zu erzielen, müssen die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen der FDP optimiert werden. Mittelfristig soll der Frauenanteil an der FDP-Mitgliedschaft erhöht werden. Gleichzeitig ist die Steigerung des Frauenanteils innerhalb der Partei eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungspositionen der FDP. Das Präsidium wird daher beauftragt, folgende Maßnahmen innerhalb der Parteiarbeit umzusetzen:

1. Entwicklung eines Konzepts für einen Bürgerinnenpreis für besonderes Engagement von Frauen im öffentlichen Leben.
2. Durchführung eines „Wohlfühl-Checks“: Verteilung eines Mitglieder-Fragebogens u.a. mit frauenspezifischen Fragen als Beilage in der „elde“
3. Weiterverweisung des Antrages Nr. 66 „Kommission Offensive für mehr Frauen in die FDP/Vorbereitung einer Satzungsänderung“ vom BPT 2006 in Rostock an den Bundessatzungsausschuss. Dieser soll Alternativvorschläge für Satzungsregelungen, die die Besetzung von politischen Gremien mit Frauen verstärken, vorlegen. Der Bundesvorstand soll in der Sitzung am 6. November 2006 über die Frauenförderung beraten. Dazu soll auch eine Übersicht vorge-

legt werden, wie die Vertretung von Frauen in anderen liberalen Parteien in Europa geregelt ist.

4. Unterstützung eines Mentoring-Programms zur gezielten Nachwuchsförderung insbesondere für Frauen
5. Prüfung der Möglichkeit, ob vermehrt Seminare für weibliche Neumitglieder angeboten werden können, um diesen fundierte Informationen zur politischen Arbeit zu vermitteln.
6. Aufbau eines Frauen-Netzwerkes „Ladies - Lunch“ nach dem Vorbild der Berliner FDP auch als Veranstaltungsform für die Bundestagsfraktion.
7. Einrichtung eines dauerhaften Frauen-Beirats (Frauenforum) der FDP unter Vorsitz von Cornelia Pieper

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 beschlossen:

Das Mentoring-Programm der FDP „Top-Nachwuchstalent“

Das Mentoring-Programm der FDP „*Top – Nachwuchs - Talent*“ richtet sich an junge leistungsbereite und politisch engagierte Menschen, die ihre persönlichen Kompetenzen weiterentwickeln und ihre politischen Erfahrungen vertiefen wollen. In der Pilotphase des Mentoring-Programms werden zunächst nur Frauen in das Programm aufgenommen.

Was leistet das Mentoring-Programm?

Das Mentoring-Programm der FDP fördert Nachwuchspersönlichkeiten, insbesondere Frauen, beim Einstieg in die politische Laufbahn. Die Teilnehmer erhalten einen direkten Einblick in den politischen Alltag und können dabei ihr politisches Netzwerk ausbauen. Die Vermittlung von kommunikativen wie politischen Kompetenzen und der gezielte Aufbau eines strukturellen Wissens- und Eigenmanagements stehen dabei im Vordergrund.

Wozu das Mentoring-Programm?

Das Mentoring-Programm der FDP „*Top – Nachwuchs - Talent*“ dient der Qualifikation für Schlüsselpositionen in Behörden, Ministerien und auf der politischen Entscheidungsebene.

Die Mentees erhalten nach erfolgreichem Abschluss des Mentoring-Programms ein Zertifikat und werden in die Top-Personal-Pool der FDP aufgenommen. Dazu kooperiert die FDP mit dem online Karriere-Portal yourcha®. Die Mentees hinterlegen nach erfolgreichem Abschluss ihr Profil auf dem Portal. FDP-Entscheidungsträger können Absolventen gezielt finden, indem sie anhand vielfältiger Suchvariablen genau die Profile von FDP-Mitgliedern über yourcha® selektieren, die am besten der zu besetzenden Position entsprechen. In einem zweiten Schritt können sie aktiv den Kontakt zu den diesen Kandidaten aufnehmen und ihnen die vakante Position vorstellen.

Wie arbeitet das Mentoring-Programm?

Die entscheidende Basis für das Mentoring-Programm der FDP „*Top – Nachwuchs - Talent*“ ist die Beratungs- und Unterstützungsbeziehung zwischen einer politisch erfahrenen Führungs-

kraft (Mentor) und einer Nachwuchskraft (Mentee). Diese Mentoring-Tandems entwickeln gemeinsame Arbeitsziele und setzen diese aktiv im Mentoring-Programm um.

Zu den modularen Angeboten der ausgewählten Qualifikationsmaßnahmen des Mentoring-Programms zählen:

- begleitende Grundlagenseminare zur Verbandsarbeit an der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- zwei Praxisphasen (Praktika) in liberalen Institutionen und
- Mentoring Gespräche sowie Pflicht- und Präsenzseminare.
- Die „Deutsche Presseakademie“ (depak) führt Seminare zum Eventmarketing (Veranstaltungskonzeption), Citizen Relationship Management („Bürger-Bindungsmaßnahmen“) und zur Public Relation (Öffentlichkeitsarbeit) durch. Die Teilnahme an den Seminaren der „depak“ wird durch das Zertifikat des Mentoring-Programms bestätigt.

Wann beginnt das Mentoring-Programm und wie lange dauert es?

Das Mentoring-Programms beginnt mit dem Jahresauftakt und dauert neun Monate. Die Vorschläge für geeignete Mentees müssen bis zum 18.12. eines jeden Jahres für das Folgejahr eingereicht werden.

Wer sind die Mentoren?

Die Mentoren gehören als erfahrene Politiker und leitende Funktionsträger zur politischen Führung der Liberalen auf Bundes- und Landesebene.

Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Vermittlung von Informationen und Erfahrungen. Sie sind der konstruktive Begleiter und Türöffner für die Teilnehmer des Mentoring-Programms.

Wie wird man Mentee?

Die Auswahl der Mentees erfolgt auf Empfehlung des Bundesvorstands, der Landesvorstände, der Landesfraktionen oder der Bundestagsfraktion der FDP. Vorschlagberechtigt sind auch die Vorsitzenden der Vorfeldorganisationen auf Bundesebene.

Die Projektleitung des Mentoring-Programms entscheidet nach einem Auswahlgespräch auf der Grundlage von standardisierten Kriterien über die Aufnahme in das Programm „**Top – Nachwuchs - Talent**“. Voraussetzung für die Teilnahme am Mentoring-Programm ist ein akademischer Abschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung und die Mitgliedschaft in der FDP.

Insgesamt werden jährlich 30 Mentoren 30 Mentees betreuen.

Nach dem ersten Jahr, der Pilotphase, wird das Programm einer Evaluation unterzogen.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 beschlossen:

Bericht über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Partei und ihrer Untergliederungen sowie Mandats- und Funktionsträgerinnen und die Durchführung weiterer Maßnahmen im Sinne von Diversity

Seit der letzten Bundestagswahl hat die FDP mehr als 4 000 Mitglieder gewonnen. Dennoch ist der Frauenanteil unter den Mitgliedern auf 22,98 Prozent (Stand: 31. Dezember 2006) gesunken. Bereits 1987 hat der FDP-Bundesvorstand einen Frauenförderplan beschlossen. Ziel des Förderplans war bereits damals, den Frauenanteil in den Führungspositionen entsprechend dem Mitgliederanteil zu erhöhen und eine jährliche Rechenschaftspflicht einzuführen.

Um der liberalen Frauenpolitik ein deutlicheres Profil zu geben und mehr Zuspruch bei Wählerinnen zu erzielen, müssen die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen der FDP optimiert werden. Erste Schritte wurden mit der Auslobung eines Bürgerinnenpreises, der Umfrageaktion zum Selbstverständnis als FDP-Mitglied sowie des geplanten Mentoring-Programmes zur gezielten Nachwuchsförderung insbesondere für Frauen und des Aufbaus eines Frauen-Netzwerkes zum Beispiel durch den „Ladies Lunch“ bereits eingeleitet.

Der Bundesvorstand hat am 6. November 2006 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen. Um die Umsetzung zu befördern, beschließt die FDP daher,

- dass der Bundesvorstand im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf dem Bundesparteitag wieder regelmäßig über die Entwicklung des Anteils von Frauen innerhalb der Mitgliedschaft der Freien Demokratischen Partei, ihren Untergliederungen, bei Neueintritten sowie über die Entwicklung bei den Funktions- und Mandatsträgerinnen berichtet;
- die Gremien auf allen Ebenen auf die Möglichkeiten des Girls Day hinzuweisen und die Möglichkeit zu nutzen, Mädchen möglichst frühzeitig an politische Fragen heranzuführen;
- die elde-Fragebogenaktion in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und die Auswertung wissenschaftlich zu begleiten;

- den Aufbau eines Frauennetzwerkes über die Grenzen der FDP hinaus zu unterstützen;
- vermehrt Seminare für weibliche Neumitglieder und Interessierte anzubieten;
- ein Mentoring-Programm zu entwickeln und regelmäßig zu evaluieren;
- mehr Frauen in die Erarbeitung von Wahlprogrammen einzubeziehen.

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 10. November 2008

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 10. November 2008 beschlossen:

Frauenförderung in den Landesverbänden der FDP

Der Bundesvorstand der FDP hat am 6. November 2006 einen Beschluss zur Förderung der Frauen und weiblichen Mitglieder der Freien Demokratischen Partei beschlossen und durchgeführt. Damit dieses Programm jedoch auch eine nachhaltige Wirkung entfalten kann, wäre es sinnvoll und wünschenswert, wenn sich auch die einzelnen Landesverbände dieses Themas annähmen.

Die FDP wächst weiter! Es gilt diesen Trend auch so zu nutzen, dass sich vermehrt Frauen für die Arbeit der Liberalen interessieren und engagieren. Die letzten Wahlanalysen zeigten, dass der Prozentsatz an Wählerinnen gering, stagnierend oder sogar rückläufig war.

Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen, würden es die Antragstellerinnen daher begrüßen, wenn der FDP-Bundesvorstand die einzelnen FDP-Landesverbände bitten würde, ebenfalls Frauen fördernde Maßnahmen zu ergreifen, wie z. B. das erfolgreich etablierte Mentoring-Programm.

Um der liberalen Frauenpolitik ein deutlicheres Profil zu geben, bittet der FDP-Bundesvorstand die FDP-Landesverbände, im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten, mittelfristig folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Unterstützung eines Mentoring-Programms nach Vorbild des Programms der Bundespartei zur gezielten Nachwuchsförderung, insbesondere für Frauen. Dort, wo vorhanden, in Zusammenarbeit mit den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der FDP-Landtagsfraktionen.
2. Aufbau eines Netzwerkes von Frauen aus der FDP, den Liberalen Frauen und aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen im Rahmen der Veranstaltungsform des „Ladies Lunch“, den die FDP-Bundestagsfraktion in den vergangenen beiden Jahren sehr erfolgreich etabliert hat. Mittels dieser Veranstaltungsform können Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen direkt vor Ort immer wieder neu mit dem liberalen Umfeld in Kontakt gebracht werden und somit zu Multiplikatoren werden.
3. Prüfung der Möglichkeit, vermehrt Einstiegsseminare für weibliche Neumitglieder einzuführen, um fundierte Informationen zur politischen Arbeit zu vermitteln.
4. Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften (AG Frauen) in den einzelnen Landesverbänden als Steuerungs- und Koordinierungselement der Frauenförderung und „Ansprechpartner“ der FDP-Landesvorstände.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. Februar 2011

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 7. Februar 2011 beschlossen:

Evaluation und Fortsetzung des FDP-Mentoringprogramms „Top-Nachwuchs-Talent“

Die FDP will attraktiver für Frauen werden. Deshalb wurden die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen optimiert und weiterentwickelt. Auf Initiative der Arbeitsgruppe „Frauen“ unter der Leitung von Cornelia Pieper führt die FDP seit 2008 jährlich das Mentoringprogramm „Top-Nachwuchs-Talent“ durch. Es dient der Qualifikation für Schlüsselpositionen in Behörden, Ministerien und auf der politischen Entscheidungsebene.

Seine Pilotphase endete am 31. Dezember 2010. Der Bundesvorstand hatte anlässlich des Projektbeginns beschlossen, auf der Basis einer Evaluation über die Fortsetzung und mögliche Ausweitung des Mentoringprogramms auf männliche Potenzialträger zu entscheiden.

I. Ergebnisse

Die Bundesgeschäftsstelle hat eigene Eindrücke gewonnen sowie zahlreiche persönliche (teils anonyme) Rückmeldungen von Mentees und Mentoren erhalten. Zur Objektivierung wurde zudem eine unabhängige Expertin mit einer externen Evaluation des Programms beauftragt.

Die Ergebnisse der internen Bewertung und systematischen externen Evaluation sind zusammenfassend:

- Insgesamt wurden 90 Frauen gefördert. Sechs Frauen haben erfolgreich für das Europaparlament und für den Landtag kandidiert und somit zum ersten Mal ein politisches Mandat in ihrer Karriere übernommen. Neu hinzu kommt die Spitzenkandidatin der FDP Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2011, Katja Suding.
- Die Geförderten sind mit den Qualifikationsbausteinen insgesamt sehr zufrieden. Allerdings gibt es aufgrund der breiten Zielgruppe – von Studentinnen und Neumitgliedern bis zu hochqualifizierten, berufserfahrenen Frauen mit Funktionen in der FDP – unterschiedliche Einzelrückmeldungen. Die externe Evaluation hält insbesondere die Vermittlung allgemeiner politischer Handwerkszeuge für überdimensioniert. Die Sichtung und Förderung vorhandener Potenziale für eine Mitwirkung an parteipolitischen Aufgaben müsse im Verhältnis verstärkt werden.
- Wenn Teilnehmerinnen eine intensive Mentorenbetreuung und/oder fundierte Praktika erfahren haben, dann erlebten sie diese als sehr bereichernd. Allerdings ist die Intensität

und Qualität des Austauschs zwischen Mentoren und Mentees sehr unterschiedlich. Der notwendige zeitliche Aufwand ist häufig auf beiden Seiten schwer zu realisieren. Dies trifft auch auf mehrwöchige Praktika zu.

- Bei zentralen Veranstaltungen wird eine zu geringe Präsenz von Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion bedauert.
- Das Management des Programms wird von der externen Evaluation als effizient bewertet. Es erfordert in der Bundesgeschäftsstelle allerdings fast die Kapazität einer vollen Referentenstelle.
- Noch nicht alle Landesvorstände haben einen Beschluss gefasst, der den Mentees die Möglichkeit eröffnet, ihre Aufwendungen für die Teilnahme am Mentoringprogramm steuerlich geltend zu machen. Eine finanzielle Förderung der Mentees durch den Bundesverband erfolgt nicht.
- Die gezielte Erfassung der Profile in einem Personalpool erfolgt noch nicht.

II. Empfehlungen und Bewertungen

Die externe Evaluation empfiehlt, das Mentoringprogramm noch gezielter für die Potenzialanalyse und -entwicklung von FDP-Personalnachwuchs zu nutzen. Dazu solle es von einem individuellen Weiterbildungsinstrument auf ein Potenzialanalyse- und Personalentwicklungsinstrument umgestellt werden (z.B. Trainee Programm). Das Mentoringprogramm könne einem externen professionellen Weiterbildungsanbieter anvertraut werden. Politische Mitbewerber verfolgten diesen Weg und verlagerten ihre Nachwuchsförderung und Personalentwicklung in das nahestehende Vorfeld (Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung).

Aus Sicht der Bundesgeschäftsstelle ist zudem erforderlich,

- die Zielsetzung und Erwartungshaltung für das Programm zu klären: Frauen in der FDP sollen durch gezielte Fördermaßnahmen und die Ausbildung von Netzwerken für den regulären demokratischen Auswahlprozess gestärkt werden. Eine direkte Berufs- oder Mandatsperspektive kann nicht zugesagt werden.
- das Auswahlverfahren der Mentees in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden zu verbessern. Hierbei ist stärker als bisher auf die Sichtung und Förderung vorhandener Potenziale für eine Mitwirkung an parteipolitischen Maßnahmen zu orientieren.
- zur gezielten Erhöhung des Anteils von weiblichen Mandats- und Funktionsträgern die Zielgruppe auf Frauen nach dem Berufseinstieg mit ersten politischen Erfahrungen in der FDP zu spezifizieren. Damit erfolgt zugleich eine Abgrenzung zu Förderprogrammen für Neumitglieder, JuLis oder Stipendiatinnen der Friedrich-Naumann-Stiftung.
- den Mentoren und Mentees bereits im Vorfeld des Programms Hilfestellungen und Einführungen zu geben. Hierzu gehören u.a. Mentorenschulungen durch geeignete Dienstleister, Klärung des Erwartungshorizontes mit dem Ziel der Herstellung von Kompatibilität des politischen Aufgabenbereichs des Mentors mit den Erwartungen und Zielvorstellungen des Mentees.

- Verbesserung der Einbeziehung der Entscheidungsträger der Partei in die Gestaltung des Programms, insbesondere bei zentralen Veranstaltungen in Berlin.
- Entwicklung eines Konzepts für ein Netzwerk der Absolventinnen.

III. Beschlussempfehlung

Der Bundesvorstand möge beschließen:

Das Mentoringprogramm wird über die Pilotphase hinaus fortgesetzt. Es bleibt weiter auf Frauen konzentriert, solange der Anteil weiblicher Mandats- und Funktionsträger in der FDP nicht zufriedenstellend ist.

Die Bundesgeschäftsführung wird gebeten, das Mentoringprogramm auf der Basis der gewonnen Erfahrungswerte (II.) konzeptionell weiterzuentwickeln. Geprüft werden muss insbesondere, ob eine alternative Trägerschaft zur Professionalisierung des Programms und für seine Öffnung für weitere Zielgruppen gewonnen werden kann.

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. Februar 2011

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 7. Februar 2011 beschlossen:

Neue Chancen für Frauen – Potenziale erschließen, Fairness erreichen

I. Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die FDP will für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur formal die gleichen Rechte und Chancen. Unser Ziel ist die Gleichheit der Chancen und Perspektiven in der Lebenswirklichkeit unseres Landes.

Dass hinsichtlich der formalen Gleichstellung in Deutschland viel erreicht worden ist, gehört zu den befreienden Wirkungen der Frauenbewegung. Im Bildungswesen und am Arbeitsmarkt haben sich die Chancen für Frauen heute bereits erheblich verbessert – Frauen erzielen durchschnittlich bessere Bildungsabschlüsse als Männer. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sind Frauen mit ihrer Qualifikation am Arbeitsmarkt zudem in allen Bereichen und Hierarchiestufen unverzichtbar. Ein Bewusstseinswandel zeichnet sich ab.

Die faktische rechtliche Gleichstellung von Frauen korrespondiert aber zu oft noch nicht mit der Lebenswirklichkeit, beispielsweise weil die Möglichkeiten, Karriere und Familie zu vereinbaren, unzureichend sind. Frauen werden für vergleichbare Arbeit zudem oft noch schlechter bezahlt als Männer. Und Frauen wählen bestimmte Berufe, Fachrichtungen und Karrierelaufbahnen seltener als Männer. Hier liegen weiter die Herausforderungen für liberale Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik, um Millionen Arbeitnehmerinnen den Alltag zu erleichtern und um ihre Gleichstellung zu fördern.

Die aktuelle öffentliche Debatte kreist dagegen um wenige hundert Führungspositionen in Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Die FDP nimmt ernst, dass Frauen dort und auch in Führungsfunktionen an anderer Stelle noch unterrepräsentiert sind. Im Bereich der mittleren Führungskräfte sind weibliche Arbeitnehmer aber inzwischen weit stärker vertreten. Aus diesem Kreis werden viele in den kommenden Jahren in die Spitze aufsteigen – jahrzehntelange Versäumnisse in der Förderung von exzellenten Frauen können nicht in kurzer Frist beseitigt werden. Die FDP fordert die Wirtschaft auf, ihre gegebenen Zusagen zu erfüllen und im eigenen Interesse die Potenziale von Frauen zu erschließen. Die Koalition wird Transparenz und mehr Verbindlichkeit durch einen Stufenplan, ohne gesetzliche Quote, herstellen.

Prinzipiell setzt die FDP zur Förderung von Frauen auf Transparenz, Selbstverpflichtungen, einen Bewusstseinswandel – und vor allem auf die Qualifikation und das Engagement der Frauen selbst, die beide für sich sprechen. Starre, pauschale und branchenunabhängige Quotierungen führen dagegen nicht zu dem gewünschten Ziel, die formale und materielle Gleichstellung zu einer Selbstverständlich-

keit zu machen. Sie würden zudem auch unverhältnismäßig in die private Vertragsfreiheit eingreifen.

II. Frauen in der FDP

Bereits 1987 hat die FDP einen Frauenförderplan beschlossen. Ziel war es, den Anteil der Frauen in den Führungspositionen entsprechend ihres Anteils an der Mitgliedschaft zu erhöhen. Die vom Bundesvorstand in der Vergangenheit beschlossenen Maßnahmen haben zwar punktuelle Erfolge gebracht, sie sind aber zu selten in der Breite der Partei multipliziert worden. Deshalb sind die Wirkungen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die bisherigen Ergebnisse bleiben beim Anteil weiblicher Wähler, weiblicher Mitglieder und weiblicher Führungskräfte zutiefst unbefriedigend.

Die FDP kann und wird es sich nicht länger zulassen, dass die immensen Potenziale qualifizierter und engagierter Frauen innerhalb und außerhalb der FDP nicht genutzt werden. Der Bundesvorstand bestätigt deshalb seine bereits beschlossene Zielsetzung in der FDP als nächsten Zwischenschritt einen Anteil von 30 Prozent Frauen in Mitgliedschaft und unter den Funktions- und Mandatsträgern zu erreichen, so wie es im Präsidium mit 30 Prozent und im Fraktionsvorstand mit 45 Prozent bereits erreicht ist.

Wie in Wirtschaft und Gesellschaft setzen wir dazu auch in unserer Parteiorganisation auf den laufenden Bewusstseinswandel in Deutschland und auf den Ausbau formaler Chancengleichheit statt starrer Quotierungen. Für die Verbesserung der durch Frauen auf dieser Basis tatsächlich realisierten Chancen sind aber ein transparentes Berichtswesen, die gezielte Förderung der politischen Qualifikation von Frauen sowie die Unterstützung weiblicher Netzwerke unverzichtbar. Gleichstellung muss gelebt werden und sie muss das gemeinsame Anliegen von Frauen und Männern sein.

Der Bundesvorstand beschließt zur Erreichung dieser Ziele:

- Die Bundesgeschäftsstelle legt ab sofort zusätzlich zum Geschäftsbericht der Bundespartei im Zwei-Jahres-Turnus eine **detaillierte Erfassung der Entwicklung des Frauenanteils in der Bundespartei**, den Landesverbänden sowie des Anteils von Frauen in Führungspositionen ausgewählter Gliederungsebenen und Gremien vor.
- Das **Mentoringprogramm der FDP** wird fortgesetzt, weiterentwickelt und bleibt solange auf Frauen konzentriert, bis der Anteil weiblicher Mandats- und Funktionsträger zufriedenstellend ist (siehe gesonderte Beschlussvorlage).
- Die FDP führt in diesem Jahr eine **Umfrage unter allen weiblichen Mitgliedern** durch, um Potenzial, Interessen und Hürden für ein stärkeres Engagement zu ermitteln.
- Für das laufende Jahr plant die Bundespartei eine **Umfrage unter Kreis- und Ortsverbänden** zu politischen und organisatorischen Fragen. Die Beteiligung und Förderung von Frauen in der FDP soll dabei besonders gewichtet werden, um Daten und Ideen zu sammeln sowie um die Problemsensibilität bei den Untergliederungen zu stärken.
- Der Bundesvorstand setzt unter Moderation der Bundesgeschäftsführerin eine **Ad-hoc-Arbeitsgruppe** der Landesverbände Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ein, die die höchsten Frauenanteile in den Landesvorständen verzeichnen. Die Arbeitsgruppe wird gebeten, Erfahrungen auszutauschen und übertragbare Handlungsempfehlungen für andere Gliederungen bis zum Jahresende in einem Bericht an den Bundesvorstand vorzulegen.

- Die FDP bereitet eine **Evaluation ihrer sprachlichen und werblichen Kommunikation** vor. Dazu wird insbesondere auch die geschlechtsspezifische Wirkung untersucht werden. Ziel ist es, von Frauen und Männern gleichermaßen als ansprechend empfundene Kommunikationsformen zu finden. Die FDP bemüht sich insbesondere um eine geschlechtsneutrale Sprache.
- Die Bundespartei konzipiert auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse bis zum Jahresende eine **professionelle Kampagne zur Gewinnung weiblicher Neumitglieder**.
- Der Bundesvorstand bittet Junge Liberale und Liberale Frauen eine **gemeinsame Kampagne zur Gewinnung junger Frauen für die FDP** zu konzipieren. Dabei kann auf Ergebnisse einer früheren Taskforce beider Vorfeldorganisationen zurückgegriffen werden.
- Der Bundesvorstand unterstreicht, dass **Respekt und Offenheit** den Umgang der beiden Geschlechter in der FDP prägen. Die FDP verurteilt jede Form von offener oder – etwa durch Humor oder Jovialität getarnter – versteckter geschlechtsspezifischer Diskriminierung.
- Der Bundesvorstand begrüßt, dass die Grundsatzkommission der FDP jüngst ein zusätzliches **Programmforum „Zukunft der Emanzipation“** eingerichtet hat, das sich mit grundsätzlichen Fragen der Gleichstellung, Frauenförderung, Antidiskriminierung und gesellschaftlicher Vielfalt befasst.
- Zur weiteren Akzentuierung der Beratung des Programmforums „Zukunft der Emanzipation“ wird die Bundespartei regelmäßig **Termine im Rahmen ihrer neuen Veranstaltungsreihe** im Thomas-Dehler-Haus durchführen.
- Die Landesvorstände werden gebeten, gemeinsam mit ihren Gliederungen Möglichkeiten zu prüfen, **Parteiveranstaltungen soweit als möglich frauen- und familienfreundlicher** zu organisieren.
- Die Bundesgeschäftsstelle stellt zukünftig eine **geschlechtsspezifische Informationen für Neumitglieder** sicher. Frauen sollen gezielt und zentral auf Möglichkeiten der Netzwerkbildung und Förderangebote hingewiesen werden. Dazu gehören auch spezielle Seminare und Aktionstage „Neue Frauen in die Politik“.
- Der Bundesvorstand fordert alle Gliederungen zur **Kooptierung einer Vertreterin der Liberalen Frauen** in den jeweilige Vorständen auf, soweit dies noch nicht geschehen ist.
- Die Bundespartei trägt dafür Sorge, dass auf der **Website** die Hinweise auf die Vorfeldorganisationen und der damit verbundenen Möglichkeiten des Engagements entsprechend deutlich dargestellt werden.
- Der Bundesvorstand befasst sich zweimal jährlich in einem gesonderten **Tagesordnungspunkt** mit dem Stand der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen. Dazu werden vorab entsprechende Berichte der Landesverbände erbeten.

Teil III

Übersicht Beschlüsse der Bundesvereinigung LIBERAE FRAUEN zum Thema „Steigerung des Frauenanteils in der FDP“

1. Beschluss der Mitgliederversammlung in Magdeburg vom 13./14. November – Steigerung des Frauenanteils in der FDP
2. Beschluss des Bundesvorstands – Aufforderung zur Umsetzung des Beschlusses „Die FDP muss weiblicher werden“ vom 15.02.2003

Beschluss

der Bundesmitgliederversammlung der Bundesvereinigung Liberale Frauen e.V.

am 13. / 14. November 2004 in Magdeburg

Magdeburger Beschluss

Steigerung des Frauenanteils in der FDP

Frauen und Männer sind entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung in den Gremien der FDP, in Ämtern und auf Wahllisten zu berücksichtigen.

Wird die FDP ihr Ziel nicht erreichen, den Mitgliederanteil von Frauen auf 30% bis zum 31.12.2005 zu erhöhen und Frauen entsprechend dieses Anteils in Vorständen und auf Wahllisten zu wählen, wird die Bundesvereinigung Liberale Frauen einen Satzungsänderungsantrag für eine Quote auf dem Bundesparteitag der FDP 2006 beantragen.

Beschluss des Bundesvorstands vom 11. Dezember 2010 in Frankfurt

Der erweiterte Bundesvorstand der LIBERALEN FRAUEN hat in seiner Sitzung am 11.12.2010 in Frankfurt beschlossen:

Der Bundesvorstand der Liberalen Frauen bringt auf dem FDP-Bundesparteitag in Rostock im Mai 2011 einen Antrag ein, in dem die LIBERALEN FRAUEN eine Frauenquote von 40% für sämtliche Parteigremien und auf sämtlichen Wahllisten fordern.

Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e.V.

c/o Doris Buchholz

Bundsvorsitzende

Sulzbachtalstraße 70

66280 Sulzbach

Telefon: 06897/61700

Fax: 06897/568516

E-Mail: d.buchholz@liberale-frauen.de

Webseite: www.liberale-frauen.de